Donnerstag, 28. Mai 1931
Ausg. A 13. Jahrgang. Nummer 105

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn zu 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 480 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 6, Telephon 23 84. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Fortschritt" AG., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 464 55.

Die „Internationale" übertönt das Hurrageschrei!

Ein riesiges Polizeiaufgebot schützt den Schnapsfabrikanten vor der „Liebe des Volkes"
Massenkundgebung gegen die faschistischen Garden — Die Polizei verhaftet wahllos

Gestern nachmittag haben die Arbeiter und Werktätigen, die sich zufällig in der Nähe des Hauptbahnhofes aufhielten, einen Vorgeschmack dessen bekommen, was ihnen in den nächsten Tagen bevorsteht. Die beiden Führer des Stahlhelms, der Schnapsfabrikant Seldte und sein getreuer Kompagnon Duesterberg, kamen gestern in Breslau an und wurden mit vielem Klimbim und riesigem Tamtam empfangen. Wie sich das so gehört, wenn die Herren Faschisten aufmarschieren, hat ein riesiges Polizeiaufgebot äußerst umfangreiche Absperrungen vorgenommen. Bis weit hinauf in die Tauentzienstraße war alles abgesperrt.

Mit riesigem Klimbim, wie das bei den Faschisten notwendig ist, mit allen möglichen schwarzweißroten Fahnen und Stan-

Freitag-Demonstration verboten!

Gestern ist der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei vom Polizeipräsidium mitgeteilt worden, daß die angesetzte Demonstration am Freitag verboten worden ist wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Dem Stahlhelm soll unter allen Umständen mit aller Gewalt die Straße freigemacht werden.

Arbeiter, Werktätige, heraus zum Protest Freitag abends in den zwei großen Massenversammlungen, in denen der Genosse Willi Leow, der frühere Führer des Roten Frontkämpferbundes und die Genossen Eugen Wiedmeier und der Stadtverordnete Preiß sprechen.

barten, die sie mitbrachten, mit einer richtigen „Ehrenkompagnie" von 220 gut gedrillten Stahlhelmfaschisten wurde der Empfang organisiert. Schnaps-Seldte kam und schritt die Front ab, wie es sich für „Heerführer" geziemt. Er hatte es dabei sehr eilig. Im D-Zug-Tempo erledigte er seine militärischen „Repräsentationspflichten", um möglichst bald mit seinem sauberen Kumpan Duesterberg in das feudalste Hotel Breslaus, in das Savoy-Hotel, zu verschwinden.

Aber der ganze Klimbim, der ganze, gewaltsam und lange vorher eingedrillte Aufzug verpuffte. Die Breslauer werktätige Bevölkerung bereitete den Herren Obersaschisten einen anderen Empfang, als sie erwartet hatten. Als Seldte und Duesterberg mit ihrem Auto in die Straßen zur inneren Stadt einbogen, dorthin, wo die hermethische Absperrung durch die Polizei nicht reichte, da erschollen die Nieder-Rufe, und bald klang der Massengesang der „Internationale" den betroffenen Stahlhelmbonzen in die Ohren.

Es zeigte sich, daß diese polizeilichen Sicherungen „notwendig" waren. An allen Ecken, die ganzen Straßenzüge entlang, standen die Werktätigen und riefen den Führern der Bürgerkriegsgarde des Kapitals ihre „Nieder!"-Rufe entgegen. Das „Hurra"-Geschrei der patriotischen schwarzweißroten Spießer wurde von dem Massengesang der „Internationale" übertönt. Vergebens raste die Polizei umher, um die „Nieder!"-Rufe, um die „Internationale" zum Schweigen zu bringen. Immer mehr griff diese Einheitsfront gegen die Söldlinge, die Freikorps des Kapitals, um sich — verbreiterte sich. Schließlich verhaftete sie wahllos eine Anzahl Personen und Straßenpassanten.

Der gestrige Empfang der Stahlhelmführer durch die Breslauer werktätige Bevölkerung hat gezeigt, daß die Werktätigen die Rolle des Stahlhelms erkannt haben. Er hat auch gezeigt, daß die Stahlhelmhorden am kommenden Sonntag einen Empfang bekommen werden, der ihnen das Wiederkommen vergehen läßt.

Mordterror im ganzen Reich

„Strafexpeditionen" und Ueberfälle der Nazis und Stahlhelmer — Frauen und Mädchen mißhandelt — Mit Eisenstangen, Dolchen und Revolvern gegen die werktätige Bevölkerung — Die Arbeiterschaft wehrt sich — Zwei Nazis im Krankenhaus gestorben

Braunschweig, 26. Mai. (Eigene Meldung.)

Unter dem Schutz des Nazi-Innenministers Franzen verübten die Nazibanditen am Pfingstsonntag einen blutigen Ueberfall auf die Arbeiterschaft, dem zahlreiche Personen, viele Frauen und Mädchen zum Opfer fielen. In dem Arbeitervorort Rautheim feierte die Jugend ein Pfingstvergnügen. Eine Abteilung der Braunschweiger SA. umzingelte in der Dunkelheit das Lokal und unternahm auf Kommando des SA.-Führers einen regelrechten Sturm auf das Lokal. Mit Eisenstangen, Totschlägern, Messern und Revolvern drangen sie in den Saal ein und schlugen wie die Vandalen auf die Anwesenden ein. Sie zertrümmerten die Saaleinrichtung und rissen Frauen und Mädchen die Kleider vom Leibe. Die Landjäger, die der Wirt um polizeilichen Schutz ersucht hatte, antworteten, er möge sich an die SA.-Führung wenden, sie würde schon für Ruhe und Ordnung sorgen.

Zu diesem Ueberfall muß selbst das „Berliner Tageblatt" schreiben: „Die Gewalttätigkeiten der Braunschweiger Nationalsozialisten häufen sich in erschreckender Weise. Sie fühlen sich sicher, daß ihnen von der Polizei und von der Justiz, an deren Spitze ein Minister Franzen steht, nichts geschieht."

Stahlhelmer überfallen kommunistische Demonstranten

Stettin, 26. Mai. (Eigener Bericht.) Einen blutigen Ueberfall auf eine kommunistische Demonstration unternahmen am Pfingstsonnabend in Naugard Stahlhelmbanditen. Die Demonstration, an der sich auch auswärtige Ortsgruppen beteiligten, war bereits beendet und die einzelnen Demonstrationsgruppen marschierten zurück, **als die Stahlhelmbanden in großer Ueberzahl über eine Arbeitergruppe herfielen. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr, so daß einige Stahlhelmer und einige Arbeiter verletzt wurden. Zwei von den Arbeitern waren so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine ungeheure Empörung.**

Stahlhelm-Ueberfall auf Jungproleten

Hamburg, 26. Mai. (Eigene Meldung.)

In Milkendorf bei Kiel überfiel eine Stahlhelm-Reiterabteilung eine Gruppe proletarischer Wandervögel und ging mit Messern, Stahlruten und Eisenstangen auf sie los. Dabei wurden viele Personen verletzt. Die beiden Landjäger schritten nicht ein, sondern riefen erst später das Kieler Ueberfallkommando an, daß dann natürlich auch vier Jungarbeiter verhaftete.

Nazi-„Strafexpeditionen" auf der Insel Femahrn

Hamburg, 26. Mai. (Eigener Bericht.) **Auf der Insel Femahrn kam es zu einem blutigen Ueberfall von SA.-Abteilungen auf Arbeiter. Die SA.-Abteilungen waren von auswärts herangezogen worden, um, wie vor einigen Tagen in Stuttgart, eine Strafexpedition gegen die Arbeiterschaft durchzuführen. Bei den durch die Nazis provozierten Zwischenfällen wurden über 30 Personen verletzt.** Unter dem Druck der Massenempörung über diese viehischen Bluttaten der Nazis, sah sich der Bürgermeister gezwungen, die Nazis zu veranlassen, die Insel sofort zu verlassen.

SPD.-Arbeiter! Reichsbannerproleten!

Mit uns gegen den Stahlhelm!

Sozialdemokratische Arbeiter, proletarische Mitglieder des Reichsbanners, SAJ.-Genossen! Am kommenden Sonntag rückt der Stahlhelm in Breslau ein, um die schlesische werktätige Bevölkerung zu terrorisieren. In den letzten Tagen häufen sich die Meldungen von Ueberfällen, von „Strafexpeditionen" der Stahlhelmer in Gemeinschaft mit den Nazis auf die Arbeiterschaft. Der Stahlhelm ist der Todfeind der Arbeiterklasse, der Todfeind des werktätigen Volkes, er ist die Kriegs- und Bürgerkriegsgarde des deutschen Imperialismus.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter und Mitglieder des Reichsbanners seid euch mit uns dahingehend einig, daß man dieser Prätorianergarde des Kapitals den unerbittlichen, rücksichtslosen Kampf ansagen muß.

Ihr wollt kämpfen gegen diesen faschistischen Aufmarsch am kommenden Sonntag, aber eure Führer hindern euch daran.

Mit allen Mitteln versuchen sie, euch von einem wirklichen Kampf zurückzuhalten, aber auf der anderen Seite sind es Severing und Lüdemann, als die Träger der Staatsgewalt in Preußen und Schlesien, die dem Stahlhelm unter allen Umständen die Straße für seinen Aufmarsch freimachen.

Ein riesiges Polizeiaufgebot wird eingesetzt, Extradienststunden des Pressedienstes, selbst die Sonntagsruhe in den Geschäften wird aufgehoben. Der Stahlhelm marschiert und Severing und Lüdemann beeilen sich, seinen Wünschen nachzukommen.

Um aber den Sturm in eurer Mitgliedschaft auf ein falsches Gleis zu schieben, hat der Schweidnitzer Parteitag eine Resolution angenommen, in der die Regierung ersucht wird, den Stahlhelmaufmarsch aus „außenpolitischen Gründen" zu verbieten. Es ist klar, daß von einer Regierung, in der zwei Stahlhelmminister sitzen, niemals erwartet werden kann, daß der Stahlhelmaufmarsch verboten wird. **Das wissen eure Führer ganz genau, aber sie betrügen euch, sie belügen euch, sie wollen euch in der Illusion wiegen, daß von Staatswegen der Aufmarsch unter-**

Heraus zum Protest

gegen Stahlhelmaufmarsch und Hungerdiktatur

am Freitag, 29. Mai, 20 Uhr, im Bergkeller und in Hoffmanns Festsälen, Pöpelwitzstraße

Es spricht in beiden Versammlungen Reichstagsabgeordneter **Leow**-Berlin außerdem sprechen die Genossen **Eugen Wiedmeier** und **Preiß**

Die Stadtteile treten an: **Ost:** 19 Uhr, Königgrätzer Straße. **Nord:** 19 Uhr, Hirsch-, Ecke Bockstraße. **Nordost:** 18,30 Uhr, Weißenburger Platz. (Diese Stadtteile marschieren nach dem Bergkeller). — **West:** 18,30 Uhr, Anglerheim, Leuthenstr. **Süd:** 18,30 Uhr, Friedrichsplatz. **Zentrum:** 19 Uhr, Wallstr., Ecke Königsplatz. (Diese Stadtteile marschieren nach Hoffmanns Festsälen).

bunden wird. Dabei sprechen sie von einer Provokation, die der Stahlhelmaufmarsch gegen Polen darstellt. Sie verschweigen damit bewußt, daß sich dieser Aufmarsch der Kriegsgarde des deutschen Imperialismus nicht gegen Polen, sondern gegen die Sowjetunion, gegen das Land, in der die Arbeiter und Bauern die Macht in Händen halten, richtet.

Sozialdemokratische Arbeiter! Der Kampf gegen den Stahlhelm kann nicht mit Resolutionen und nicht mit Scheinprotesten und parlamentarischen Manövern geführt werden. **SPD. und ADGB. könnten durch Ausnutzung ihres Masseneinflusses einen Boykott gegen die Stahlhelmeinquartierung organisieren. Sie unternehmen in dieser Hinsicht jedoch nicht das Geringste.** Sie begnügen sich damit, um der Stimmung ihrer Mitglieder nachzukommen, am kommenden Sonnabend zu einer Demonstration aufzurufen, in der Annahme, daß diese Demonstration verboten wird.

Die SPD. führt keinen Kampf gegen den Stahlhelm und kann keinen Kampf gegen ihn führen, weil sie in den Reihen des Faschismus steht, und weil sie der Lakai des Kapitals ist. **Die SPD. stützt und toleriert die Brüning-Regierung, in der zwei Stahlhelmminister sitzen.**

Otto Braun hat als preußischer Ministerpräsident das Stahlhelmverbot im Rheinland aufgehoben, und die SPD.-Fraktion hat noch jeden Antrag der Kommunistischen Partei auf Aufhebung des vom SPD.-Minister Severing verfügten RFB.-Verbotes abgelehnt.

Bei allen nationalistischen Rummels, bei allen chauvinistischen Exzessen beteiligt sich das Reichsbanner in trauter Gemeinschaft mit dem Stahlhelm.

Stahlhelm und Reichsbanner verhandeln gemeinsam mit dem Stahlhelmminister Treviranus über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Ueberall und bei jeder Gelegenheit zeigt die SPD., daß sie den Stahlhelm, daß sie die faschistische Organisation der Bourgeoisie, unterstützt und schützt.

Der Kampf gegen den Stahlhelm wird nicht von der SPD. geführt, sondern er wird geführt von der kämpfenden Einheitsfront aller Werktätigen unter der Führung der Kommunistischen Partei. Der Kampf gegen den Stahlhelm bedingt den Kampf gegen das Haupthindernis, das sich dieser Einheitsfront entgegenstellt, gegen die sozialdemokratische Führung, die der Verbündete des Faschismus ist, die die Arbeiterklasse spaltet und vom Kampf abhält.

Sozialdemokratische Arbeiter, Reichsbannerproleten! Ihr wollt so wenig wie wir, wie die gesamte werktätige Bevölkerung, dem Stahlhelm die Straße überlassen. Auch ihr wollt gegen die Stahlhelmprovokationen und Ueberfälle kämpfen, wollt die Streikbrecher- und Bürgerkriegsgarde des Kapitals schlagen. Wir rufen euch zu:

Her zu uns, schließt die Front, kämpft mit uns gegen den Stahlhelmaufmarsch, gegen Faschismus und Hungerdiktatur!

Nicht hinaus „ins Grüne", wie euch eure Führer predigen, sondern heraus auf die Straße am 31. Mai Schulter an Schulter mit den parteilosen, christlichen und kommunistischen Arbeitern, mit allen Werktätigen! Bereitet dem Stahlhelm einen Empfang, wie er ihn nicht erwartet hat, einen Empfang, der ihn das Wiederkommen vergessen läßt.

Am Sonntag heißt es für jeden Arbeiter, die Front zu schließen.

Breslau bleibt rot! Dem Stahlhelm den Tod!

Für Brot und Freiheit!

Wie alljährlich, so demonstriert auch im Jahre 1931 am 14. Juni die Internationale Arbeiterhilfe in allen kapitalistischen Ländern gegen die soziale Reaktion, gegen Unterdrückung, Faschismus und Imperialismus, für den Einheitskampf aller Unterdrückten, für die Sowjetunion, für internationale proletarische Solidarität und für Arbeit, Brot und Freiheit!

Der Solidaritätstag 1931 muß eine flammende Manifestation des Kampfeswillens aller Hand- und Kopfarbeiter, Bauern und verarmten Mittelschichten werden. Millionen müssen an diesem Tage das Gelöbnis der Solidarität mit den 30 Millionen Erwerbslosen ablegen und die revolutionäre Einheitsfront gegen kapitalistische Unterdrücker und Ausbeuter formieren.

Wir rufen alle Werktätigen, alle Hand- und Kopfarbeiter, alle kulturellen und sozialpolitischen Organisationen, alle gewerkschaftlichen Organisationen und alle Sportler auf:

Heraus zum Solidaritätstag am 14. Juni!

Demonstriert an diesem Tage unter den Fahnen der IAH. für internationale proletarische Solidarität! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe.
Willi Münzenberg, Georg Ledebour, Francesco Missiano.
Internationale Arbeiterhilfe. Deutsche Sektion.
Prof. Alfons Goldschmidt, Georg Dünninghaus.

Folgende Organisationen unterschrieben den Aufruf: **Kommunistische Partei:** Ernst Thälmann MdR., Heinz Neumann MdR., Hermann Remmele MdR., August Kreuzburg MdR. — **Reichskomitee der RGO.:** Fritz Heckert MdR., Franz Dahlem MdR., Erich Auer, Berlin. — **Kommunistischer Jugendverband.** — **Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit.** — Einheitsverband der Metallarbeiter, Peschke. — **Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** — **Bund freier sozialistischer Jugend.** — **Kampfbund gegen den Faschismus.** — Reichsverband freier sozialistischer Studenten. — **Zentralstelle proletarischer Freidenkerverbände.** — Arbeitsgemeinschaft für Aufbaupolitik. — Piscatorbühne im Wallnertheater. — Gruppe revolutionärer Pazifisten. — Samariterverein ASV. Fichte. — **Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (Ifa).** — Freier Radiobund Deutschlands E. V. — Bund der Freunde der Sowjetunion. — Reichskomitee werktätiger Frauen. — Mieter- und Wohnungsuchende-Verband Deutschlands. — Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen, Marta Arendsee. — **Rote Hilfe Deutschlands,** Miller. — Sozialistischer Bund, Gustav Otto. — Freie Sängervereinigung Stuttgart. — Tuberkuloseverband Berlin, Bärbel Kostl. — Marxistische Lehrergruppe Stuttgart u. a. m.

Abgewehrte Nazi-Ueberfälle

Karlsruhe, 26. Mai. (Eigener Bericht.) Am Pfingstmontag kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nazis und Arbeitern. **Die Nazis, die aus der ganzen Umgebung Verstärkung herangeholt hatten, unternahmen eine Strafexpedition. Die Arbeiter wehrten sich; dabei erlitt ein Nationalsozialist so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus verstarb.**

Königsberg, 26. Mai. (Eigener Bericht.) In der Nacht zum Dienstag überfielen Nazis einige Arbeiter. Bei der sich entspinnenden Schlägerei wurde ein **Nationalsozialist so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus verstarb.**

Zum SPD.-Parteitag am 31. Mai in Leipzig

SPD. für Lohnraub und Streikbruch

Tatsachen, die man nicht ableugnen kann

Auf dem Leipziger Parteitag der SPD. wird zweifellos die Frage der **40-Stunden-Woche** erneut eine Rolle spielen. Man muß daher einmal zurückdenken an die Gelegenheiten, wo die SPD. und die Gewerkschaftsführer gezwungen waren, zu den Wirtschaftskämpfen und zur Frage der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich Stellung zu nehmen.

Der Streikbruch der reformistischen Gewerkschaften und der SPD.-Führer bei allen Kampfhandlungen des Proletariats gegen Lohnraub und Stillegungen hat natürlich auch im Parlament seinen Niederschlag gefunden. Immer wieder halfen die Sozialdemokraten die Gesetze schmieden, durch die das Proletariat in seinem Kampf gegen Lohnraub geknebelt werden soll. **Das prinzipielle Einverständnis der Sozialdemokraten mit den im Regierungsprogramm der Brüning-Diktatur proklamierten und mit Hilfe der Staatsorgane durchgesetzten Lohnraub in allen Industriezweigen kam schon zum Ausdruck bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Lohnraubminister Stegerwald. Die Abstimmung erfolgte am 17. März 1931** (Drucksache Nr. 926). **In geschlossener Einheitsfront vom „linken" Seydewitz bis zu den Scharfmachern der Volkspartei wurde der kommunistische Antrag abgelehnt.**

Die gleiche Einheitsfront stimmte auch gegen den kommunistischen Antrag auf **Streichung der Ausgaben für das Schlichtungswesen** und gegen die kommunistische Entschließung, die verlangt, daß bei Wirtschaftskämpfen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohn- und Existenzbedingungen und zur Abwehr des Lohn- und Gehaltsraubs keine Polizei eingesetzt werden darf. **Ein direktes Bekenntnis zum Streikbruch gaben die reformistischen Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aber ab, als sie am 6. März 1931 den kommunistischen Antrag** (Reichstagsdrucksache 851) **auf Streichung der Ausgaben in Höhe von 1 120 000 Mark für die Technische Nothilfe ablehnten.**

Die gesamte Arbeiterklasse ist sich einig in der Forderung nach der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Kommunisten hatten eine dementsprechende Entschließung (Reichstagsdrucksache 900) eingebracht, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die tägliche Maximalarbeitszeit auf sieben Stunden und auf 40 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich festgesetzt werden soll. Am 17. März 1931 kam diese Entschließung zur Abstimmung.

Die Sozialdemokraten stimmten geschlossen dagegen und machten damit der Brüning-Diktatur den Weg frei für eine kommende Notverordnung, durch die für verschiedene Industriezweige die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, d. h. also 17prozentiger Lohnraub, diktiert wird.

Also immer und immer wieder waren es die Sozialdemokraten und die reformistischen Gewerkschaftsführer, die die Gesetze schmiedeten, die die Kampfkraft der Arbeiter lahmlegen soll und die zugleich Gesetze waren, die die Unternehmer diktierten. Meint ihr, sozialdemokratische Arbeiter, daß es in Zukunft anders sei?

Das ist der Stahlhelm

Das Bekenntnis zur offenen Diktatur

Der Landesverbandsführer des Stahlhelms von Hannover hat auf der Stahlhelmfeier im Januar dieses Jahres in Celle folgendes offene Bekenntnis für die Rechtsdiktatur und zur Monarchie abgelegt:

„In der Zukunft werde es nur zwei Parteien geben: die nationale Rechte und die Kommunisten. Alles was zwischen beiden Fronten steht, wird zerrieben. Die politische Lage ist ernst. Eine Linksdiktatur liege nicht im Bereich der Unmöglichkeit. Sie bedeute aber den Bürgerkrieg. Wenn die rote Fahne auf der Straße weht, muß der Stahlhelm marschieren. Eine andere Möglichkeit, und diese muß man erhoffen, ist die Rechtsdiktatur. Nur hierdurch wird der Bürgerkrieg vermieden. Gegen hunderttausend Mann Reichswehr, eineinhalb Millionen Stahlhelmer und 6 Millionen Nationalsozialisten wird sich auf der Linken kein Widerstand erheben.

Heute hätten wir eine Diktatur des Brüning-Kabinetts. Daß diese nochmals durch eine parlamentarische Regierung abgelöst wird, sei ausgeschlossen. Bei der kommenden Diktatur werde es sich also nur darum handeln, ob sie von rechts oder links kommt.

Ist Deutschland aber wieder frei, dann werde auch die im Rhein versunkene Kaiserkrone wieder gehoben werden. Für jeden Stahlhelmer gelte nach wie vor der seinem König geleistete Fahneneid."

Der erste Mann zu uns!

Der Bezirksleiter des „Deutschen Landarbeiter-Verbandes" aus Mednis im Kreise Sagan hat seinen Uebertritt zum Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter erklärt und an den sozialdemokratischen Vorstand folgende Erklärung gesandt:

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus dem Deutschen Landarbeiter-Verband mit sofortiger Wirkung. Begründung: Durch die 1½ jährige Mitgliedschaft und Funktion als Bezirksleiter des DLV. habe ich genügend Gelegenheit gehabt, die Theorie und Praxis dieser reformistischen Gewerkschaften kennenzulernen und bin in meiner eifrigen Arbeit für diesen Verband zu der Ueberzeugung gekommen, daß der DLV. bzw. ihre Führung gar nicht in der Lage ist, auch nicht den Willen hat, den Kampf für die Interessen des unterdrückten Landproletariats gegen die Junker ernsthaft zu führen. Anstatt Klassenkampf zu führen, tritt der DLV. für „Wirtschaftsdemokratie", d. h. für den Klassenkampf jenseits der Barrikade, ein. Ich hoffe, daß auch bald der größte Teil der schlesischen Landarbeiter die Konsequenz daraus zieht und sich mit mir einreiht in die rote Klassenfront, in den Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter.

Mit rev. Gruß!

gez. Paul Jung,
Mednis, Kreis Sagan.

SAJ-Mitglieder zum Parteitag

Die entschiedenen zum revolutionären Kampf gewillten Jungarbeiter in der SAJ. haben eine **Sondernummer des SAJ.-Oppositionsrundbriefes zum Parteitag herausgegeben.** In einer klaren politischen Stellungnahme zum Parteitag und zur Politik der SAJ. und SPD. und zum Referat **Ollenhauers auf dem Parteitag** über „Partei und Jugend" heißt es zum Schluß:

Die Mitglieder sprechen zum Parteitag:

Was Ollenhauer sagen wird, interessiert uns **wenig ... Wir haben eingesehen, daß SPD. und SAJ. keine sozialistischen Organisationen sind und niemals wieder zum Sozialismus zurückkehren können.** Es kann und darf nur eine internationale revolutionäre Partei und Jugendorganisation geben, die die Interessen der Werktätigen vertritt und sie zum Sozialismus führt. Die SPD. und SAJ. ist das nicht und will es auch nicht mehr sein. Das geben mitunter selbst ihre theoretischen Führer offen zu. Die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Jugendinternationale wollen den gemeinsamen revolutionären Kampf aller Ausgebeuteten, Jungen und Erwachsenen. Sie werden das Proletariat in Deutschland ebenso zum Siege, zum Sozialismus führen, wie vor 13 Jahren in der jetzigen sozialistischen Sowjetunion. **Die SAJ. ist keine sozialistische Organisation. Die einzige sozialistische Jugendorganisation ist der KJV., der allein Liebknechts revolutionäre Tradition verkörpert. Noch viel stärker als bisher nehmen wir darum diesen Parteitag zum Anlaß, um das allen Genossen in der SAJ. klarzumachen ...**

Nennt uns nur weiter „Spitzel" — Ollenhauer und Wels, der Pfeil prallt auf euch zurück. Schließt uns nur weiter aus, Hunderte, Tausende werden mit uns gehen, nicht zu den Nazis, nicht zum Indifferentismus, sondern zur roten Klassenfront.

Das ist unser revolutionäres Programm zum Reichsparteitag der SPD.

Dauerdienst der Pressestelle

Die Polizei ist ganz aus dem Häuschen vor lauter Glück, daß der Stahlhelm aufmarschiert. Mit welcher heißen Liebe die Polizei, die sonst immer so sehr um die „Ruhe und Ordnung" besorgt ist, wenn es sich um Veranstaltungen der Arbeiter handelt, an dem Stahlhelmaufmarsch beteiligt ist, ersieht man daraus, daß

die Pressestelle des Polizeipräsidiums anläßlich des Stahlhelmaufmarsches einen Dauerdienst von Freitag früh um 7 Uhr bis Montag nachmittag um 3 Uhr eingerichtet hat.

Außerdem teilt die Pressestelle mit, daß die Pressestelle des Stahlhelms 1000 Zeitungen zu dem Stahlhelmrummel eingeladen hat. Das Polizeipräsidium gibt außerdem zu dieser Stahlhelmtagung noch extra Pressenausweise heraus, damit auch jeder aus nächster Nähe den Aufmarsch der Streikbrecher- und Bürgerkriegsgarde des Kapitals genau beobachten kann.

Also für Reklame ist gesorgt! Na, das wird ja amtliche Presseberichte regnen; die werden allerdings anders aussehen wie die berühmten Polizeiberichte des Herrn Zörgiebel in Berlin vom 1. bis 5. Mai 1929, als er in die Welt hinausposaunte: 14 Karabiner in den Händen der Polizeibeamten von den Kommunisten zerschossen ...

Die neue Hunger-Verordnung wird beraten

Tagung des Reichskabinetts

Gestern trat die Reichsregierung zusammen, um einen Bericht über den Genfer außenpolitischen Bankrott entgegenzunehmen und die Reise der deutschen Vertretung zur Zusammenkunft in Chequers zu beraten. Es wurde mit der Beratung der neuen Hungerverordnung Brünings gegen die Erwerbslosen, Beamten und sozialen Unterstützungsempfänger begonnen, nachdem die Verordnung schon seit Wochen mit verschiedenen Vertrauensleuten der Diktaturregierung durchgesprochen wurde.

Um ihrer stärksten Stütze, der Sozialdemokratie, die Durchführung ihres Parteitages zu erleichtern, wird die Regierung Brüning die Veröffentlichung ihrer Hungerverordnung auf die Tage nach dem Leipziger SPD.-Parteitag hinausschieben.

In den Betrieben und an den Stempelstellen muß jetzt schon der geplanten Hungerverordnung begegnet werden:

Schlagt Alarm! Laßt euch die schmachvolle neue Ausplünderung nicht gefallen! Zeigt eure Kraft des Widerstandes und des revolutionären Gegenangriffes für Brot, Arbeit und Freiheit!

Wir sind bei den Qualitäten nachstehender Weine zu diesen Preisen nicht zu übertreffen.

Rhein- und Moselweine

1926 er Laubenheimer Berg empfehlenswert, sehr fein. 1/1 Fl. 70 Pf.
1929 er Edenkobener hervorragend mild. Tischwein. 1/1 Fl. 80 Pf.
1928 er St. Martin. Schloßb. fein. rassig, süffig . . . 1/1 Fl. 90 Pf.
1929 er Liebfrauenmilch elegant, sort und mollig. 1/1 Fl. 1.00
1928 er Oppenheimer Kröttenbrunnen blumig, anregend . 1/1 Flasche 1.50
1929 er Rüdesheimer Kiesel pikant, würzig . . . 1/1 Flasche 2.50
1929 er Meseniecher Berg sehr rassig, pikant . 1/1 Flasche 90 Pf.
1928 er Zeller schwarze Katz vollmundig spritziger Wein 1/1 Fl. 1.50
1929 er Gelersiayer Neuberg Spätlese Wachstum Huesgen Böcking. Org.-Abt. m. Korkbrand 3.00

Rot- und Bordeauxweine

Deutscher Rotwein hervorragend, hochfein für Gichtwein . . . . . 1/1 Flasche 70 Pf.
Spanischer Rotwein vollmundig sehr fein. 1/1 Flasche 90 Pf.
Saint Emilion Bordeaux extra feine Art . . . 1/1 Flasche 1.40
1924 er St. Julien Bordeaux hervorragend edler Tropfen 1/1 Flasche 1.80
1926 er Chateau Dauzac Labarde pikant, für Genießer 1/1 Flasche 2.50
1926 er Graves superieures (weißer Bord.) mit feiner Edelsüße. . . . . 1/1 Flasche 1.70
1925 er Graves (halbsüß) (weißer Bordeaux) extra fein 1/1 Flasche 1.70
Deutscher Wermutwein die deutsche Edelmarke, hervorragend unübertreff. Qual. 1/1 Fl. 90 Pf.

Wermut- und Südweine

Italienischer Wermut, Emilio magenstärk., unerreicht. 1/1 Fl. 90 Pf.
Cinzano der echte Torino . 1/1 Flasche 1.80
Fache Kräuterwein extra schwer, hochfein . 1/1 Fl. 90 Pf.
Vollsüßer hochfeiner, griech Muskat, Cephalonia 1/1 Flasche 80 Pf.
Tarragona extra feine Qualität. 1/1 Flasche 1.00
Feiner alter Malaga golden, sehr feurig. 1/1 Flasche 1.10
Original Sherry herber Frühstückswein. 1/1 Fl. 1.40
Alter Douro Portwein rassig, trockensüß . 1/1 Flasche 1.70
Alter Original Insel-Madeira feiner, edler Tropfen. 1/1 Flasche 2.00
Apfelgold rassig und mild Marke Rübezahl, 1/1 Flasche 60 Pf.

Frucht- und Schaumweine

Apfelgold süß, hochfein, bekömmlich. Marke Rübez., 1/1 Fl. 60 Pf.
Johannisbeerwein vollarom, feurig, pikant. Marke Rübez., 1/1 Fl. 75 Pf.
Stachelbeerwein voll., würz., mild Marke Rübezahl, 1/1 Flasche 75 Pf.
Heidelbeerwein hocharom. ärztl. empfohl., Marke Rübezahl, 1/1 Fl. 75 Pf.
St. Barbara Riesling unsere Hausmarke . 1/1 Flasche 3.50
Henkell Silberstreifen 1/1 Flasche 4.00
Kupferberg Kupfer 1/1 Flasche 4.25 . . 1/1 Flasche 2.60
Kupferberg Gold 1/1 Flasche 5.85 . . 1/1 Flasche 3.40
Henkell Trocken 1/1 Flasche 5.85 . . 1/1 Flasche 3.40
Hochheimer Goldlack Obstschaumw., Flaschengär., 1/1 Fl. 1.75

Sie sparen Geld, wenn Sie bei uns kaufen. — Unsere Speisen und Getränke vereinigen Billigkeit und hohe Qualität!

Preise ohne Flasche! / Verkauf in 20 Gaststätten u. Detailgeschäft Ring 9, neben der Gaststätte / Tel. 259 37 / Probieren Sie obige Weine glas- oder karaffenweise!

Breslau

Schon wieder drei neue Opfer der Oder

Am Dienstagnachmittag ist der fünfzehnjährige Bäckerlehrling Karl Moritz aus Breslau-Klein-Mochbern beim Baden in der Lohe ertrunken. Seine Leiche konnte bald darauf geborgen werden.

Um die gleiche Zeit ist der siebenjährige Schüler Klaus Scheuler aus Zimpel beim Baden in dem ehemaligen Ziegeleiteich in Zimpel ertrunken. Sein gleichaltriger Freund hat den Unfall gemeldet. Die Feuerwehr suchte den Tümpel ab und barg die Leiche, die der Anatomie zugeführt wurde.

Vermißt wird seit dem 26. Mai der zwölfjährige Schüler Kurt Boy, Mariannenstraße 10 wohnhaft. Es wird vermutet, daß der Schüler beim Baden ertrunken ist. Die Personen, die über den Verbleib des Schülers bzw. die Stelle, an der der Vermißte gebadet hat, irgendwelche Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Mitteilungen an das 6. Kriminal-Kommissariat gelangen zu lassen. Der Schüler ist etwa 1,22 Meter groß, schmächtig, hat dunkelblondes Kopfhaar, gebräuntes Gesicht und braune Augen. Er hatte beim Baden vermutlich eine rote Badehose an.

Das „freiwillige" Auswandern nach dem Friedhof

Am Dienstagnachmittag wurde die 43jährige Ehefrau Katharina H. in ihrer Wohnung in der Adlerstraße gasvergiftet aufgefunden. Sie hatte Selbstmord verübt. Die Leiche wurde der Anatomie zugeführt.

Gastod durch Unachtsamkeit

Am Dienstagmorgen wurde die 43jährige Ehefrau Hedwig P. in ihrer Wohnung in der Trebnitzer Straße gasvergiftet tot aufgefunden. Der hinzugezogene Arzt stellte als Todesursache Gasvergiftung fest. Der Tod ist infolge Unachtsamkeit eingetreten. Beim Ueberkochen eines Topfes auf dem Gaskocher erlosch die Flamme, während das Gas weiter ausströmte.

Arb.-Athleten-Bund, 1. Bez. Breslau

Heute, Donnerstag, 19,30 Uhr, findet in der Turnhalle Brockauer Straße die erste Probe der Gewichtsübungen zur Rast nach Musik statt. Sämtliche Vereine haben ihre Mitglieder zu entsenden. Gewichte stellt Nordost.

Jungarbeiter Schlesiens!

Schickt Delegierte zum Kongreß der werktätigen Jugend. Heraus zum Bezirkstreffen der revolutionären Jugend am 6. und 7. Juni in Liegnitz.

Marxistische Arbeiterschule

Heute 20,30 Uhr **Deutsch-Kursus.** (Grammatik, Aufsatzlehre, Berichterstattung.) Teilnehmer hierzu können sich noch melden. Die Gebühr für den ganzen Kursus beträgt nur 1 Mark. Um 18 bzw. 19 Uhr Kurse in Russisch. Buch- und Teilnehmergebühren sind mitzubringen.

Warnung vor dem Genuß selbstgesuchter Pilze

Das städtische Gesundheitsamt schreibt uns:

Wir haben in den letzten Jahren auf die verschiedenste Art und Weise versucht, die Gefahren abzuwenden, die der Bevölkerung beim Genusse selbstgesuchter Pilze drohen, wenn der Sammler nicht einwandfreie Kenntnis über die landläufigen Arten und die Unterscheidungsmerkmale zwischen guten und schädlichen Pilzen besitzt.

Gartenverwaltung, Schule, Presse, Humboldt-Verein und andere Stellen haben sich mit in den Dienst der guten Sache gestellt, um die Pilzkenntnis zu verbreiten und die Bevölkerung zur Vorsicht zu ermahnen. In städtischen Wald- und Parkanlagen, in denen der besonders gefährliche und so leicht mit dem selbst recht geringwertigen Grünreizker zu verwechselnde Knollenblätterschwamm stark auftritt, sind seit Jahren auffallende Warnungstafeln aufgestellt worden, die auf die besonderen Gefahren beim Pilzsammeln aufmerksam machen.

ASB. Rot-Weiß. Unsere Jugend- und Schülersitzung findet jeden Freitag in der Zeit von 19 bis 20 Uhr bei Kaps, Mariannenstraße, statt. Mitglieder werden noch aufgenommen.

Strehlen

Heraus zur Massendemonstration gegen Stahlhelmaufmarsch

Am Freitagabend 19 Uhr beteiligt sich die gesamte Arbeiterschaft an der Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch. Antreten am Reitplatz.

Beispiellose Provokation der Erwerbslosen!

Hungernde, die nicht freiwillig verrecken wollen, sind wie Tiere zu behandeln

Die Polizeiattacken vom 15. Mai, die „Breslauer Zeitung" und ein Herr Georg Meyer

In der „Breslauer Zeitung" vom Dienstag bringt es ein gewisser Georg Meyer fertig, sich folgende schamlose Beschimpfung der Erwerbslosen zu leisten. Dieser Meyer schreibt unter der Ueberschrift: „Ist die Polizei in der Offensive" folgendes:

„Wir Menschen sollen doch durch unsere Intelligenz, Vernunft und Besonnenheit auf diesem Erdenrund weit höher stehen, als die uns unterstellte Tierwelt. Von den Tieren verlangt man, daß sie ruhig und friedlich sich nebeneinander bewegen sollen, da sie sonst durch Schläge zur Ruhe gebracht werden. Hierin übt der Mensch auf das Tier eine polizeiliche Gewalt aus.

Psychologisch verständlich. Aber wie ist es mit denjenigen Menschen, die sich als solche zeitweise vergessen, ihre menschliche Würde durch Ruhe und Ordnung an den Tag zu legen.

Gleichen sie in diesem Augenblick auch nicht den Tieren, die ebenfalls in ähnlicher Weise zur Ruhe gebracht werden müssen, wenn es die Notwendigkeit gebietet?

Klar und deutlich sind die Vorgänge am letzten Freitag auf dem Neumarkt bedauerlicherweise zu Tage getreten. Es soll nicht an dieser Stelle untersucht werden, welchen Ursprung der Ausgang dieser Demonstration hatte. Nicht abzuleugnen ist die Tatsache, daß, wie bei jeder anderen Veranstaltung, auch hierin die Polizei wiederum das belastende Zentrum der Affäre bildet.

Bis jetzt ist die Polizeifrage sehr umstritten. Wir bedürfen eben eines polizeilichen Schutzes, jetzt noch mehr denn je,

weil gewisse Volksteile nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, heute noch nicht reif genug sind, um sich selbst beherrschen zu können.

Die Polizei, die auf republikanischem Boden steht, soll und muß überparteilich sein. Ihre Aufgabe ist, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Es ist eine falsche Auffassung und ebenso widersinnige Handhabe, wenn sich erregte Gemüter bei Demonstrationen oder sonstigen Veranstaltungen an einzelnen Polizeibeamten zu rächen versuchen.

Gibt sie denn irgendwelchen Anlaß? Ist sie in der Offensive? Jeder vernünftig denkende Mensch wird es mit einem „Nein" beantworten können. Als wachsames Auge des Gesetzes muß sie zum Schutze vorhanden sein. Die Polizei greift niemals an, wohl aber greift sie ein, wenn es die Notwendigkeit erfordert, um die Ruhe wieder herzustellen.

Wenn bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit die betroffenen Volksteile erbittert sind, so bringt dieses die Wirtschaftslage mit sich. Es geht daher nicht an, daß man mit einer schäumenden Wut bei irgend einer Gelegenheit gegen die Polizei eine drohende Haltung einzunehmen vermag. Im Gegenteil! Man soll die Beamten nach Möglichkeit unterstützen; denn das Los ihres Berufes gehört gerade nicht zu den leichtesten.

Die Polizei tut nicht mehr als ihre Pflicht. Disziplin muß sein und Befehle müssen eben ausgeführt werden.

Der Krieg und seine Folgen haben genügend Opfer gebracht. Sollte man daraus nicht gelernt haben und nun der Meinung sein, daß inzwischen die Menschheit vernünftiger geworden sein sollte?

Die Erfahrung ist in allen Dingen die beste Lehrmeisterin. Die Polizei ist zum Schutze der Bevölkerung bestimmt. Sie greift nur in Fällen dann ein, wenn sie provoziert wird.

Georg Meyer.

(Die herausgehobenen Stellen sind von uns hervorgehoben. Red. d. Arb.-Ztg.)

*

Wir sind gewiß allerhand Provokationen gewöhnt. Es treibt sich ja auf der Erde allerhand Lumpengesindel herum, das zwar in elegantester, modernster Kluft sich die Zeit vertreibt, aber nichts destoweniger von einer verlumpten Gesinnung ist, wie sie bestimmt nicht in den übelsten Verbrecherhöhlen anzutreffen sein dürfte. Um einen solchen Geldsacklumpen handelt es sich auch bei diesem Georg Meyer. Dieser Bursche weiß, daß sein Name so „selten" ist, daß er ruhig den „Mut" aufbringen kann, öffentlich mit seinem Namen diese Gemeinheit zu decken. Aber wir werden es uns angelegen sein lassen, herauszubekommen, welcher Georg Meyer sich hinter diesem Subjekt verbirgt. Sein Elaborat mit einem langen Kommentar versehen, dürfte nicht notwendig sein. Es genügt, einige Sätze besonders herauszustellen:

„Gleichen sie in diesem Augenblick nicht auch den Tieren, die in ähnlicher Weise zur Ruhe gebracht werden müssen . . ."

„Die Polizei greift niemals an, wohl aber greift sie ein . . ."

„Die Polizei greift nur ein, wenn sie provoziert wird."

Solche Sätze, wie die vorstehenden, würde kein Polizist niederzuschreiben wagen. Daß in Breslau ein Lump herumläuft, der es wagen darf, in dieser Weise sich zu produzieren, das ist schlimmer als die Polizeiprovokation vom 15. Mai. Und wenn dieser Lump seinen Namen darunter setzt, von dem er weiß, daß es Hunderte von Menschen mit dem gleichen Namen in Breslau gibt, dann steht bereits fest, daß es sich hierbei um ein derartig gemeines Subjekt handelt, daß wir allerdings nicht anstehen, ganz freimütig zu erklären:

Es gibt unter den Tieren allerhand Kreaturen, deren Namensnennung schon Abscheu und Ekel erregt, aber es gibt im ganzen Tierreich keines, vor dem auch dem Menschen mit primitivster Menschlichkeit so der Ekel erfassen könnte, als vor diesem Subjekt Georg Meyer.

Was aber sagt die „Breslauer Zeitung" zu diesem Zeitgenossen Georg Meyer? Sein Elaborat ist geschrieben gegen den Artikel der „Breslauer Zeitung" über die Polizeiattacken vom 15. Mai. Die „Breslauer Zeitung" hält zwar ihre Anprangerung der Polizeibrutalitäten aufrecht, aber gleichzeitig bringen es diese Schmocks fertig, sich mit dem Artikel von Georg Meyer vollkommen zu solidarisieren. Solche Erbärmlichkeit ist überhaupt nicht näher zu charakterisieren. Die Kulis der „Breslauer Zeitung" übertreffen somit noch die Gemeinheit des Georg Meyer. Es gibt nur einen Grund, der diesen Kreaturen mildernd zur Seite steht, und das ist folgender: Die „Breslauer Zeitung" steht vor ihrem unmittelbaren Ende. Die Kulis werden die Räume in der Herrenstraße demnächst verlassen, und da haben sie wahrscheinlich das Bedürfnis, sich dem Polizei-Journalismus für geeignete Verwendung zu empfehlen; anders ist diese abgrundtiefe Charakterlosigkeit nicht zu verstehen.

Die Arbeiterschaft Breslaus aber wird aus diesem Vorfall ihre Lehren zu ziehen wissen. Sie wird dafür sorgen, daß der Zeitpunkt schneller herankommt, wo sie mit solchen Meyers und ähnlichem Gesocks Abrechnung halten wird, und Herr Georg Meyer kann sich gesagt sein lassen, er wird die Behandlung erfahren, die solchen verlumpten Kreaturen geziemt.

Polizei in Strehlen verbietet Gegendemonstration

Nun erst recht aktive Abwehr!

Für Sonnabend, den 30. Mai, hatte unsere Partei und die ihr angeschlossenen revolutionären Organisationen eine Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch angemeldet. **Diese wurde von der Polizeiverwaltung verboten, und zwar beruft man sich dabei auf § 1 Ziffer 4 der Notverordnung vom 28. März 1931.** — Die Arbeiterstadt Strehlen wird sich dennoch das Recht auf die Straße nicht nehmen lassen und nun erst recht alles daran setzen, die Massen zu mobilisieren, um eine breite Abwehrfront gegen die faschistischen Provokationen zu schaffen.

So ist nun für Freitag, den 29. Mai, eine Demonstration in Aussicht genommen worden. Außerdem hat der Aktionsausschuß den Spitzenbehörden des Kreises und der Stadt Strehlen persönlich folgende Forderungen überreicht:

1. **Jede politische Demonstration sowie jeder Zuzug auswärtiger Ortsgruppen des Stahlhelms nach Strehlen zu verbieten.**
2. **Keinen der öffentlichen Plätze und Straßen von Strehlen zu irgendwelchen Propagandazwecken freizugeben.**
3. **Die Durchfahrt zum Stahlhelmaufmarsch nach Breslau am 31. Mai durch Strehlener Stadtgebiet zu untersagen.**

Auch bei sämtlichen Innungsvorständen und dem Kaufm. Verein ist der Aktionsausschuß vorstellig geworden und hat erklärt, daß jede direkte und indirekte Unterstützung der Geschäftswelt dem Stahlhelm gegenüber als eine arbeiterfeindliche Haltung angesehen wird, und daß auch aus dem bloßen Beflaggen der Gebäude eine solche Haltung herausgelesen werden muß.

Die Strehlener Arbeiterschaft ist gerüstet und wird jede Provokation der Stahlhelmbanditen abzuwehren wissen. Sie wird auch den Kampf gegen alle die zu führen verstehen, die den Banditen ihre Unterstützung zuteil werden lassen.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Lokales: Nitschke, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Breitner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Rund um den Erdball

Diesmal geglückter Aufstieg im Riesenballon

Piccards waghalsiger Flug in die Stratosphäre gelungen?

In 150 000 Meter Höhe treibt der Riesenballon dem Rheintal zu

Augsburg, 27. Mai. Bei fast windstillem Wetter und ohne jede Schwierigkeiten gelang es dem Brüsseler Universitätsprofessor Piccard am Mittwoch früh um 3 Uhr 56 Minuten zum Flug in die Stratosphäre zu starten. An Bord der hermetisch verschließbaren Aluminiumgondel des Riesenballons befindet sich außer Professor Piccard sein Mitarbeiter, der Ingenieur Kipfer. Der Riesenballon erhob sich sehr schnell in die Höhe und nahm dann südwestlichen Kurs. Bis 6 Uhr früh konnte man den Ballon, trotzdem er schätzungsweise in 5000 Meter Höhe schwebte, mit bloßem Auge verfolgen. Um 7 Uhr war der Ballon bereits in die Stratosphäre eingedrungen. Im Gegensatz zu den früheren Versuchen Piccards nahm also der Start diesmal einen glücklichen Verlauf. Eine andere Frage ist jedoch, ob dieser kühne Forscher wieder heil und gesund landen wird. Die nächsten Stunden werden darüber entscheiden.

Die Füllung des riesigen, 14 000 Kubikmeter Rauminhalt fassenden Ballons begann bereits am Donnerstag gegen 23 Uhr unter strengster Absperrung auf dem Gelände der Augsburger Ballonfabrik Riedinger. Am Mittwoch 3.20 Uhr stiegen Piccard und Kipfer in die Gondel, die dann nach kurzer Verabschiedung von der Werksleitung verschlossen wurde. 3.55 Uhr erfolgten kurze Kommandorufe, und eine Minute später erhob sich der Riesenballon. Pfeilschnell schoß er hoch, um zunächst nordwestliche Richtung einzuhalten, drehte sich dann aber in etwa 1000 Meter Höhe nach Südwesten. In eineinhalb Stunden hatte er bei drei Kilometer Entfernung schätzungsweise bereits eine Höhe von 5000 Metern erreicht. Später trieb der Ballon mehr südlich und schraubte sich bis auf 8000 Meter Höhe empor.

Gegen 7 Uhr früh wurde er über Kaufbeuren im Allgäu gesichtet. Gegen 8 Uhr von Kempten aus am nordwestlichen Horizont, etwas später über Lindau am Bodensee. Hier befand er sich bereits schätzungsweise in einer Höhe von 10 000 bis 12 000 Metern. Die Grenze der sogenannten Zirruswolken hatte er also schon überschritten.

Piccards waghalsige Pläne

Die beiden kühnen Forscher hofften, in einem Zeitraum von etwa 2 Stunden eine Höhe von 14 000 Metern und nach weiteren Stunden kleinerer Fahrt 16 000 Meter zu erreichen. Die ganze Fahrt in die Stratosphäre, einschließlich des Abstieges, sollte 6 bis 8 Stunden dauern. Nach den Meldungen der Wetterwarten rechneten sie mit einer Landung zwischen Straßburg und Basel. An Lebensmitteln haben sie, wie auch beim ersten, unglücklich verlaufenen Versuch, wieder Zwieback und Kondensmilch mitgenommen, und zwar für etwa 2 bis 3 Tage ausreichend.

Sämtliche Fachleute, die sich bisher zu diesem gefahrvollen Flug geäußert haben, sind sich darüber einig, daß Piccard und sein Begleiter ein großes Wagnis unternommen haben, dessen Ausgang um so ungewisser sei, da weder Piccard noch Kipfer Ballonpiloten mit besonders großer Erfahrung seien. Zwar haben die beiden Forscher je einen Fallschirm mit an Bord genommen, um im Notfall aus der fallenden Gondel abspringen zu können, doch sei es bei der Kugelform und den engen Aussteigelöchern der Gondel sehr fraglich, ob ein solcher evtl. notwendig werdender Rettungsversuch gelingen würde.

Was will Piccard in der Stratosphäre?

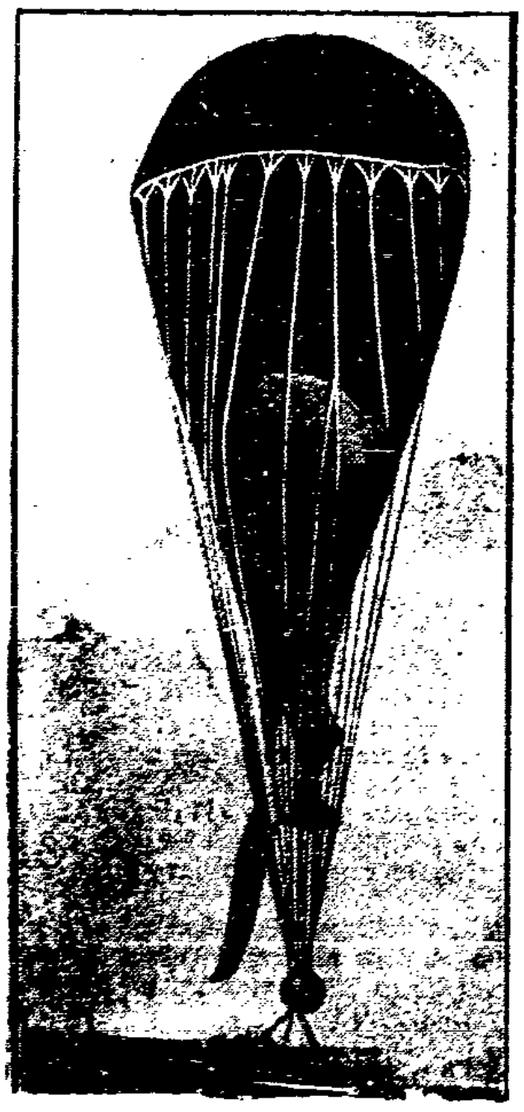
An sich ist die Gashülle, mit der die Erde umgeben ist, bereits bis zu 30 Kilometer Höhe wissenschaftlich erforscht. Doch da dies bisher durch Instrumente geschah, die automatisch funktionierten, also durch Ballons ohne menschliche Bemannung nach oben gebracht wurden, liegt es naturgemäß durchaus im Interesse der wissenschaftlichen Forschung, wenn sich wagemutige Pioniere finden, hier ihr Letztes für die Wissenschaft herzugeben.

Mit Flugzeugen und Atmungsgeräten wurden bisher 13 157 Meter Höhe erreicht. Dadurch war der Mensch also bereits über jene Schicht hinausgelangt, die die Wissenschaftler Troposphäre nennen und bis etwa 12 Kilometer hinaufreicht. Ueber dieser Troposphäre lagert die zweite Teilschicht unserer Atmosphäre, also die Stratosphäre. Der Uebergang zwischen diesen beiden Schichten ist allerdings kein scharfer, es ist eine mehrere Kilometer umfassende Uebergangszone. Piccard nun will hier vor allem Messungen jener Höhenstrahlen vornehmen, die von dem österreichischen Forscher Heß bereits vor Jahrzehnten festgestellt wurden und die von einer bestimmten Stelle der Milchstraße ausgesendet werden.

Die Stratosphäre, Piccards Ziel, ist allerdings noch immer nicht die äußerste Schicht des die Erde umgebenden Gasmantels. Darüber befindet sich noch die sogenannte Wasserstoffsphäre, die z. B. die Nordlichterscheinung sowie das Glühen der Sternschnuppen und Meteorite ermöglicht.

Das Wagnis dieser beiden kühnen Forscher hat alles in allem ungeheure Bedeutung für die weitere wissenschaftliche Erkenntnis und der Erforschung des Weltenraumes. Je sicherer und klarer unser Weltbild sich gestaltet, „je mehr wir also wissen, umso weniger werden wir zu glauben brauchen". Wir wünschen daher diesen kühnen Pionieren, daß sie mit guten Ergebnissen und wohlbehalten landen mögen.

Professor Piccard (rechts) und Ingenieur Dr. Kipfer (links) in der Gondel ihres Stratosphären-Ballons.



Heraus mit den amerikanischen Arbeiterführern Mooney und Billings!

15 Jahre unschuldig im Zuchthaus

Spion beschuldigt den deutschen Geheimdienst der Organisierung von Bombenattentaten

Seit 15 Jahren befinden sich die amerikanischen Arbeiterführer Mooney und Billings im Zuchthaus. Durch die von der amerikanischen Roten Hilfe und andere Organisationen geführte Kampagne zu ihrer Befreiung ist einwandfrei erwiesen worden, daß Mooney und Billings auf Grund von Zeugenaussagen verurteilt worden sind, die samt und sonders falsch waren. Nicht ein Stäubchen von Schuldbeweis ist übriggeblieben. Trotzdem hat der Gouverneur Kaliforniens bisher alle Anträge auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Mooney und Billings zurückgewiesen. Offenbar gelüstet es ihn nach den Lorbeeren seines „Kollegen" von Boston, der Sacco und Vanzetti auf dem Gewissen hat.

Die beiden Arbeiterführer wurden verurteilt unter der Beschuldigung, bei einer Parade in San Franzisko ein Bombenattentat verübt zu haben, dem 19 Menschen zum Opfer fielen.

Die Angelegenheit scheint jetzt eine sensationelle Aufklärung zu finden. In Los Angeles wurde in der vergangenen Woche ein Graf von Moltke-Hoitfeld, der Neffe des deutschen Generalstabschefs, wegen Diebstahls einer Schreibmaschine verurteilt. In der Verhandlung behauptete der Graf, daß er 1916 in Neuyork für den deutschen Geheimdienst gearbeitet habe und aus dieser Zeit noch Dokumente besitze, durch die bewiesen werde,

daß der deutsche Geheimdienst das Bombenattentat in San Franzisko organisiert habe, für das Mooney und Billing verurteilt wurden.

Die Pläne für das Bombenattentat seien 1916 im Büro des deutschen Militärattaché von Igel ausgearbeitet worden. Kapitän Hintsch und ein gewisser Gistinger-Löwenstein sollen die Dynamitmengen beschafft, verarbeitet und nach San Franzisko transportiert haben. Dokumente darüber befinden sich in einem geheimen Versteck in Brooklyn bei New York. Graf Moltke Hoitfeld erbot sich, diese Dokumente herbeizuschaffen. Die Angaben des Grafen sind so bestimmt, daß an ihrer Glaubwürdigkeit Zweifel kaum erlaubt sind. Trotzdem bemüht sich die deutsche bürgerliche Presse, die Unrichtigkeit der Aussagen des Grafen nachzuweisen, ohne daß ihr das Material darüber zur Verfügung steht. Diese Eile ist sehr verdächtig. Da jedoch das deutsche Auswärtige Amt mit den kalifornischen Staatsanwälten das gemeinsame Interesse hat, die Mooney und Billing entlastenden Aussagen zu entkräften, ist es möglich, daß die Angelegenheit vertuscht wird.

Die deutsche Arbeiterschaft jedoch, die ihre Pflichten der internationalen proletarischen Solidarität kennt, wird nicht dulden, daß dieser saubere Plan gelingt. Sie wird gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterschaft Amerikas alles versuchen, damit diese seit 15 Jahren unschuldig im Zuchthaus schmachtenden Arbeiterführer nicht das Schicksal von Sacco und Vanzetti erreicht.

Der Gefangene, seine Frau, seine Kinder rufen:

Vergeßt uns nicht!
Sichert das Solidaritätswerk der RHD.!
Sammelt, gebt, spendet!
Kauft den „Solidaritätsblock" und den „Paragraphenhammer!"

Fünf Kinder ertrunken

Glogau, 27. Mai. Beim Spielen auf den überschwemmten Fleischerwiesen bei Oberau sind am Dienstagabend drei Schulknaben in der Oder ertrunken. Bis jetzt konnten erst zwei der Leichen geborgen werden.

Heilbronn, 27. Mai. Beim Spielen an einem Fabrikkanal des Neckar stürzte ein neun Jahre altes Mädchen ins Wasser. Ein sieben Jahre alter Knabe versuchte das Mädchen zu retten. Beide Kinder ertranken.

Der Grubenmord in Südchina

Bisher 47 Tote — Noch 30 Vermißte

London, 27. Mai. Die Zahl der Toten in der Kolar-Goldmine in Südindien hat sich auf 47 erhöht, einschließlich von neun Bergarbeitern, die ihren Verletzungen im Krankenhaus erlegen sind. Es werden jedoch noch immer 25 bis 30 Bergarbeiter vermißt, für deren Schicksal man ernste Befürchtungen hegt.

Schweres Zugunglück in Frankreich

Am Dienstag ist der Zug Lerouville—Verdun in der Nähe von St. Mihiel entgleist. Es wurden zwei Personenwagen [illegible] 14 Reisende verletzt.

Montageunglück bei Oldenburg

Drei Monteure abgestürzt — Zwei Todesopfer

Oldenburg, 27. Mai. Am Dienstag sind in Großenmeer bei Arbeiten an einer Telephonleitung zwei Arbeiter tödlich verunglückt, ein dritter wurde schwer verletzt.

Parallel zu der Telephonleitung läuft eine Starkstromleitung. Entweder ist nun auf unaufgeklärte Weise ein Monteur in die Starkstromleitung geraten oder es ist Starkstrom in der Telephonleitung gewesen. Ein Monteur erhielt einen schweren elektrischen Schlag. Sein Körper verbrannte sofort. Zwei Kollegen, die ihm helfen wollten, erlitten ebenfalls schwere Verbrennungen. Alle drei Arbeiter stürzten ab. Zwei Monteure waren tot. Der dritte wurde verletzt und in hoffnungslosem Zustand in ein Oldenburger Krankenhaus gebracht.

Vierfache Giftmörderin verhaftet

In Chicago ist die Zimmervermieterin Margreth Summer unter dem Verdacht des vierfachen Giftmordes verhaftet worden. Frau Summer hatte sich in allen vier Fällen die Versicherungssumme — insgesamt 12 000 Dollars — auszahlen lassen.

Verantwortlich: Richard [illegible], Berlin

Waldenburger Bergland

Unternehmer, Bonzen, Freigewerkschaftler in trauter Gemeinschaft

Schweidnitz. A. K. Ein treffendes Beispiel für obiges Thema liefert das Verhalten von SPD.- und ADGB.-Bonzen, über das wir nachstehend berichten.

Ein Arbeiter war seit fünf Jahren beim hiesigen Gas- und Wasserwerk beschäftigt. Als der Rohrmeister Thiem vor einigen Jahren eingestellt wurde, wollte er sich natürlich bei dem Direktor Müller lieb Kind machen, selbstverständlich nur auf Kosten seiner „Untergebenen". Doch waren Schnaps und kleine Motorradausflüge während der Arbeitszeit des Th. keine Seltenheiten. Er borgte nun u. a. den genannten Arbeiter um zehn Mark an. Als er nach längerer Zeit um Rückzahlung ersucht wurde, kannte seine Wut keine Grenzen. Der Arbeiter mußte also entlassen werden. Doch wie sollte das gedreht werden? Da kam ihm der „berühmte" „Vorarbeiter", Betriebsrat, SPD.-Stadtverordnete, Partei- und Gewerkschaftsfunktionär Rauer zu Hilfe. Dieser feige Unternehmerknecht übertrieb eine ärgerliche Aeußerung des Arbeiters gegen den Direktor, machte eine Bedrohung daraus, und — ein Entlassungsgrund wurde zusammengeschoben. Das war anscheinend der Dank des Rauer gegenüber dem Direktor, weil ihm dieser einmal zu einem Anzug verholfen hatte.

Nach erfolgter Entlassung verklagte der Arbeiter die Betriebsleitung beim Arbeitsgericht wegen ungerechter Entlassung. Er wandte sich an seinen Verband (Gesamtverband) wegen Vertretung vor dem Arbeitsgericht. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Erich Herda, welcher auch dieselben Ehrenposten in Partei und Gewerkschaft bekleidet wie Rauer, setzte nun schnell eine Vorstandssitzung fest und erfand einen Grund zur Ablehnung der Vertretung: angeblich sollen bei der Kündigung 14 Beitragsmarken des klagenden Kollegen rückständig gewesen sein. Das ist jedoch ein widerlegter Schwindel und ein Abwürgungsmanöver gegen den Kläger, welcher darauf mit seiner Klage abgewiesen und aus dem Betriebe hinausgeworfen worden ist.

Die Ursachen dieses ganzen elenden Machwerkes sind folgende: Direktion, Meister und Betriebsrat arbeiten stets innig und einträchtiglich zusammen, wenn ein Arbeiter des Betriebes mal anfängt „im Mist zu rühren". Rauer muß seinem Verrat an der Arbeiterklasse immer mehr anfügen, um seine Stelle zu halten. Er will wohl dadurch einen zweiten Anzug ergattern. Und wir war es denn mit „verlegten" Sachen im Betriebe, lieber Rauer? Und wie steht es mit der Aufsicht, Herr Thiem? Warum sollten die Arbeiter aussagen, Sie waren da, trotzdem Sie „ausgeflogen" waren? Obwohl während der Arbeitszeit für Privatunternehmer mehrmals Arbeitsgeräte aus Werkstattmaterial angefertigt wurden, obwohl manche Schlamperei den höheren Stellen bekannt ist, wird nichts dagegen getan. Es ist Zeit, mal in ein so schönes Verhältnis zwischen Betriebsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft hineinzuleuchten. Neben dem Fall Elbner (Aaron) ist der heutige Bericht eine schöne Ergänzung zum Bilde: Klassenharmonie unter allen Umständen...

Arbeiter, beseitigt solche Arbeitervertreter aus ihren Funktionen, zu eurem eigenen Nutzen!

Altwasser

Was sich städtische Angestellte herausnehmen

In den städtischen Baracken am Vorwerksbusch wohnt ein Arbeiter Kusche. Er bezieht ganze sieben Mark an Wohlfahrtsunterstützung und kann daher auch keine Miete bezahlen. Er mußte deshalb nach dem Wohlfahrtsamt, und dort wurde ihm vom Verwalter der Häuser, einem Herrn Franz, kurzerhand erklärt: „Wenn er keine Miete zahlen könne, dann solle er einfach seine Möbel verkaufen." Außerdem glaubte dieser Herr ihm den Vorwurf machen zu können, daß er sich früher um eine gesicherte Existenz hätte bemühen sollen. Sieh mal einer an, was sich doch diese Herrschaften manchmal alles herauszunehmen erlauben.

Aber nicht nur auf diese Weise glaubt dieser Herr Franz sich aufspielen zu können. Wie seine „Gemahlin" verbreitet, müsse er immer gleich ein Bad nehmen, wenn er in den Baracken gewesen ist, weil es dort so stinke. Seine „Gemahlin" glaubte wahrscheinlich auf Grund dieser Tatsache die Bewohner der Baracken als Gesindel beschimpfen zu können.

Diese Beschimpfung muß sich die Arbeiterschaft ganz entschieden verbitten. Die Baracken waren schon immer ein Herd für allerhand Krankheiten, aber nicht, weil dort Gesindel wohnt, sondern weil es natürlich ist, daß bei einer Belegung dieser Baracken mit 80 Familien sie sich ganz von selbst zu einer Pesthölle entwickeln müssen. Und es ist an sich eine Schande, daß die Leute auch noch Miete bezahlen müssen. Aber dem Franz und seiner „Gemahlin" empfehlen wir dringend, sich eines anderen Benehmens gegenüber den Bewohnern zu befleißigen, da diese nicht daran denken, sich etwa als Parias behandeln zu lassen.

Freiburg

Gegen den Schandparagraph 218

Freitag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, spricht im Freiburger Gesellschaftshaus Dr. med. Berndt-Kolzig über den Paragraph 218. Die Aerzte und Bürger von Freiburg sind hiermit eingeladen. Arbeiter und Arbeiterinnen, kämpft mit uns gegen diesen Schandparagraphen. Erscheint restlos. Eintritt 10 und 20 Pfg.

Rote Hilfe.

Landeshut

Heraus gegen den Stahlhelmrummel!

Am Freitag, dem 29. Mai, 19 Uhr öffentliche Kundgebung gegen den schwarzweißroten Stahlhelmrummel. 18.30 Uhr Abholen des Referenten am Bahnhof.

Sonnabend, den 30. Mai, 17 Uhr Demonstration. Antreten am Schulplatz.

Niederschlesien

Eine unerhörte Roheit!

Und so etwas ist Gemeindevorsteher!

Sagan. Im Preußischen Landtag wurde vor kurzem, wie erst jetzt durch die Presse bekannt wird, durch eine sozialdemokratische Anfrage ein Vorgang aus dem Kreise Sagan bekannt, dessen Anprangerung unbedingt notwendig ist.

Die Anfrage hatte folgenden Wortlaut:

„Eine unerhörte Gefühlsroheit eines Gemeindevorstehers wird aus Machenau, Kreis Sagan, bekannt. In Machenau verstarb vor kurzem durch einen Unglücksfall ein gewisser O. Heinrich. Die Ehefrau Klara Heinrich, die in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, bat beim Gemeindevorsteher um eine Beihilfe zu den Bestattungskosten. Der Gemeindevorsteher Beißwenger fertigte die Antragstellerin mit folgenden Worten ab: „Verkaufen Sie doch die Leiche an das Anatomische Institut nach Breslau, dann bekommen Sie ja Geld dafür." Ich halte diese Ausführungen für so unqualifiziert, daß sie scharf zurückgewiesen werden müssen, und frage daher das Staatsministerium: Was gedenkt es gegen den Gemeindevorsteher Beißwenger in Machenau zu veranlassen?"

*

Wir sind in der famosen neudeutschen Republik allerhand gewöhnt. Aber daß es ein Gemeindevorsteher wagen kann, einer Witwe, **deren Mann durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist, ein derartiges Angebot zu machen, stellt eine solche Ungeheuerlichkeit dar, daß ein solcher Gemeindevorsteher mit der Hundepeitsche aus dem Dorfe gejagt werden müßte.**

Aber wenn die Sozialdemokratie sich darüber aufregt und durch eine Anfrage die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Skandal lenkt, so müssen wir schon dazu sagen, daß sich darin eine ganze widerliche Heuchelei offenbart. Wenn die Sozialdemokratie ernsthaft gegen einen solchen Halunken von Gemeindevorsteher vorgehen will, so hätte sie es nicht notwendig gehabt, eine Anfrage im Landtag einzubringen. Der Oberpräsident von Schlesien ist ein Sozialdemokrat, und es wäre ihnen ein Leichtes, von diesem die sofortige Entfernung eines solchen Gemeindevorstehers zu verlangen. Aber wir fürchten, daß weder Herr Severing noch Herr Lüdemann sich bereit finden werden, diesen Gemeindevorsteher von seinem Posten zu entfernen, da dessen Brutalität durchaus im Sinne jener Brutalität liegt, die dem Hungerprogramm der von der SPD. gestützten Brüning-Regierung liegt.

Görlitz

Fußball Dresden gegen Görlitz

Am zweiten Pfingsttag waren die 1. und 2. Mannschaft von Chemnitzbande als Gast in Görlitz. Bei dem Spiel der 1. Mannschaft gab es zeitweilig einen sehr harten Kampf; es endete 2:1 für Dresden. Ohne Vorurteil wäre hier zu sagen, daß der Schiedsrichter Gucwa, Dresden, sehr parteiisch eingestellt war, zeitweilig war sein Verhalten direkt unmöglich für den Arbeitersport.

Die 2. Mannschaft von Görlitz spielte bis auf wenige Ausnahmen sehr schlapp. Man muß aber auch die ungeheure Hitze mit in Rechnung stellen. Bei etwas mehr Training wird auch die Kombination im Spiel bedeutend besser werden. Das Spiel endete 7:2 für Dresden-Leischbande.

Grünberg

SPD.-Bonzen schicken Reichsbannermann ins Obdachlosenasyl

Vor einiger Zeit wurde der erwerbslose Reichsbannermann Felix Großmann von hier durch den SPD.-Wohlfahrtsdezernenten Stadtrat Kaupke und den Gewerkschaftssekretär Lindner aufgefordert, sich im Obdachlosenasyl zu melden. Begründet wurde diese Aufforderung damit, daß Großmann Schulden mache und durch die lange Arbeitslosigkeit immer mehr herunterkomme. Kurz nach diesem Vorgang teilte man Großmann seinen Ausschluß aus dem Reichsbanner mit. Als Grund für diesen Ausschluß wurde in der betreffenden Mitgliederversammlung des Reichsbanners durch den „Kameraden" Paul Mantei, der bei der Arbeiterschaft als Provokateur bekannt ist, erklärt: **Großmann müsse ausgeschlossen werden, denn er habe in einer öffentlichen KPD.-Versammlung ihn niederbrüllen helfen. Außerdem sei er bereits oft mit KPD.-Angehörigen gesehen worden.** Diese Behauptungen waren offensichtliche Lügen; richtig ist lediglich, daß Mantei und Laubsch in Erwerbslosenversammlungen von den anwesenden Frauen beinahe eine Tracht Prügel für ihre Provokationen und Verleumdungen erhalten hätten, wenn sie nicht fluchtartig den Saal verlassen hätten. Dagegen ist Großmann gar nicht gesehen worden, und er hat auch keine Verbindungen mit der KPD. Im Gegenteil hat er sich immer als eifriger Reichsbannermann betätigt. Der Ausschluß ist in Wirklichkeit nur deshalb erfolgt, weil eben Großmann ein armer Teufel ist, dessen sich verschiedene Reichsbanner„kameraden", insbesondere Herr Kaupke, schämen. Diese armen Hilfsbedürftigen sind dem Herrn Wohlfahrtsdezernenten und anderen gutgestellten Bonzen schon immer ein Greuel, und deshalb haben sie jetzt auf diese Art und Weise den Großmann aus ihren Reihen herausbuxiert.

Dieser Vorgang sollte allen Reichsbannerkameraden die Augen über den Charakter des Reichsbanners öffnen und ihnen zeigen, daß sie als Proleten nicht einer Organisation angehören können, die sich solcher Mitglieder schämt, die infolge langer Erwerbslosigkeit nicht mehr in der Lage sind, den feinen Mann zu markieren. Sie sollten daraus die Konsequenz ziehen und sich einreihen in die KPD., um mit ihr gegen den Kapitalismus und seine Lakaien zu kämpfen.

Heraus zur Versammlung!

Am Freitag, den 29. Mai, findet im „Goldenen Frieden" eine Mitgliederversammlung der RGO. statt, und anschließend daran im selben Lokal um 20 Uhr eine öffentliche Versammlung, in der der Genosse Wiesner, Breslau, sprechen wird.

Stand der Sammlung für den antifaschistischen Kampffonds

Die Sammlung für den Antifaschistischen Kampffonds ergab bis zum 26. Mai in den einzelnen Unterbezirken folgendes Ergebnis (in Prozenten des Sammelsolls der Unterbezirke):

Glogau	40,0%
Neusalz	18,3%
Neurode	11,1%
Bolkenhain	10,4%
Langenbielau	8,4%
Schweidnitz	8,2%
Riesengebirge	7,4%
Grünberg	5,8%
Sagan	5,0%
Görlitz	4,9%
Isergebirge	4,1%
Ohlau	3,7%
Breslau-Land	3,0%
Strehlen	2,0%
Oels	1,6%
Breslau-Stadt	1,3%
Waldenburg	0,8%

Bisher noch nichts abgerechnet haben die Unterbezirke: **Bunzlau, Habelschwerdt, Liegnitz.**

Das Gesamtergebnis ist 1,5 Prozent des Sammelsolls.

Genossen! Nützt die letzten Tage vor dem Stahlhelmaufmarsch! Verstärkt die Sammeltätigkeit für den Antifaschistischen Kampffonds! Sendet sofort Akontozahlungen!

Der rote Aufmarsch in Penzig

Gegen den konterrevolutionären Aufmarsch

Gegen den konterrevolutionären Aufmarsch des Stahlhelms in Schlesien marschierte am 24. Mai die revolutionäre Arbeiterschaft in Penzig auf, um zu demonstrieren, daß sie nicht gewillt ist, den Mordbanden des Kapitals freiwillig das Feld und die Straßen zu überlassen. 430 rote Kämpfer und Kämpferinnen zogen im Marschtritt unter den Klängen der Kampflieder zweier Kapellen durch die Straßen des Glasindustrieortes Penzig. Mit großen Transparenten und Fahnen setzten sich die roten Bataillone in Marsch, um nach einstündigem Marsche auf dem Marktplatz zur Kundgebung und Ansprache einzutreffen. Ein Genosse aus Berlin zeigte klar und deutlich das Ziel des Stahlhelmaufmarsches in Schlesien einerseits — und den dem Proletariat bevorstehenden harten Kampf andererseits auf, der aber mit aller Schärfe durchgeführt werden muß, wenn die Arbeiterschaft den Sieg über die Feinde erringen will — und wenn sie an die Stelle des kapitalistischen Staates den sozialistischen setzen will. Mit einem Treueschwur: **Zum Kampf für den Sozialismus!** und dem **reiten,** der ihnen die Lust am Wiedererscheinen gewaltig versauern **wird.**

Wenn auch die Polizei und der Staatsapparat sich schützend vor **die Stahlhelmpest** stellt, gemeinsam mit dieser Pest die Arbeiterschaft **niederknüppeln will,** werden die schlesischen revolutionären Arbeiter **doch alles daran** setzen, um den Stahlhelmern, die im Laufe dieser **Woche überall auf dem** flachen Lande eintreffen werden, um am 30. **und 31. Mai Breslau zu „stürmen",** einen „würdigen" Empfang bereiten, der ihnen die Lust am Wiedererscheinen gewaltig versauern wird.

Arbeiter, gedenkt der Folgen, wenn die Kampftruppe des Kapitals ruhig und siegesbewußt von Schlesien Besitz ergreifen kann, bedenkt, daß mit euch der Anfang der Niederknüppelung und Unterwerfung ganzer Provinzen gemacht werden soll, daß ihr dem ersten Ansturm dieser Söldlinge standhalten und selbst zum Angriff übergehen müßt. Darum die letzten Tage alle Kräfte gesammelt, um den „Sieg" des Stahlhelms in eine Niederlage zu verwandeln. Stellt euch alle restlos in den Dienst der offensiven Abwehr, unterstützt den Kampf der Kommunisten gegen die Konterrevolution!

Haynau

Gegen den Stahlhelmaufmarsch

Der Alarmruf der Kommunistischen Partei, „Kampf dem Stahlhelm!" schmiedet die Einheitsfront der werktätigen Massen. Zu Hunderten waren die Arbeiter — sozialdemokratische wie parteilose — am Sonnabend zu der von der Kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Protestkundgebung erschienen. Der Genosse Mölders, MdL., zeigte den Versammelten die Gefahr des Faschismus auf; er geißelte scharf den Scheinkampf der sozialdemokratischen Führer und forderte zur Schaffung der Einheitsfront, zum Kampfe gegen den Stahlhelmfaschismus auf. Vier Aufnahmen für die Partei und Bezieher der „Arbeiter-Zeitung", Ausgabe B, waren der organisatorische Erfolg. Genossen, verschärft den Kampf, werbt neue Mitglieder für Partei und Presse.

Warum müssen alle proletarischen Organisationen den 14. Juni freihalten?

Warum muß jeder Proletarier und Intellektuelle sich auf diesen Termin besonders vorbereiten?
Warum marschiert am 14. Juni die werktätige Masse der ganzen Welt?

Weil dies der Tag der internationalen Solidarität ist, die ein wesentlicher Bestandteil der Befreiung aller Unterdrückten ist!
Darum haltet euch frei für den 14. Juni!

Weiteres über die Durchführung dieses Tages erfolgt noch.

Internationale Arbeiterhilfe.

„Hochverräter" Nr. 581

In Leipzig stand der „Hochverräter" Nummer 581 (seit dem Jahre 1923 gezählt) vor dem Reichsgericht. In Leipzig ereignete sich, daß ein ehemaliger Metallarbeiter und populärer Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands mit einer Handbewegung die ganzen Methoden des „Verhörs" durch die Richter in den roten Roben beiseite schob — und das bürgerliche Tribunal und sein Staat auf der Anklagebank setzte. Der öffentliche revolutionäre Ankläger, der in diesem Prozeß auftrat, heißt Hermann Remmele.

Millionen deutscher Arbeiter kennen ihn. Seit seinem 17. Lebensjahr, dem Jahre 1897 steht er in den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft. Vor dem Krieg infolge seiner revolutionären Gesinnung in vielen Betrieben gemaßregelt; auf der ersten Internationalen Jugendkonferenz im Jahre 1907 als Sekretär an der Seite des Vorsitzenden Karl Liebknecht, bis zum Kriegsausbruch im Kampfe gegen den Opportunismus innerhalb der Sozialdemokratie, im Kriege wegen Sprengung einer Versammlung des „Durchhalters" Scheidemann wieder an die Front geschickt und dort Organisator eines illegalen Vertrauensmännerkorpers in einem Armeekorps, nach der Novemberrevolution an der Spitze des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrates im revolutionären Kampf mit der Waffe in der Hand, mehrfach im Gefängnis, Vorkämpfer des Anschlusses der USP. an die Kommunistische Internationale, im Verlaufe der Geschichte der KPD. zu einem der hervorragendsten bolschewistischen Führer unseres Zentralkomitees wachsend und heute Mitglied der führenden Körperschaft der Kommunistischen Internationale, — das ist Hermann Remmele. Und den wollte irgendein Paragraphenzahn am Reichsgericht „vernehmen"?

Der 581. revolutionäre „Hochverräter" Hermann Remmele zeigte dem gesamten, um seine Freiheit kämpfenden werktätigen Volke, wie ein Führer der Partei des Bolschewismus und Thälmanns vor dem höchsten deutschen Klassengericht zur Sache des leidenden und kämpfenden Volkes steht — als krassen Gegensatz zur feigen Drückebergerei der Führer aus der Partei des Nazifaschismus und Hitlers. Er erhob in Leipzig als marxistischer Revolutionär seine Anklage gegen die herrschende Klasse.

★

Für einen kommunistischen Führer ist es eine Selbstverständlichkeit, daß er wie alle 30 000 revolutionären Angeklagten der deutschen Klassenjustiz unbeugsam und treulich zur Sache des Kommunismus standen. Einer unter Tausenden, ein Soldat der deutschen Revolution. Das Besondere aber am Auftreten des Genossen Remmele vor dem Reichsgericht war einerseits, daß die Anklage gegen ihn den offenen Angriff der Brüningjustiz auf die Spitze der Kommunistischen Partei Deutschlands bedeutet und andererseits, daß Genosse Remmele gerade durch bolschewistischer Klarheit und Kühnheit das Reichsgericht in eine Tribüne für das Freiheitsprogramm des Kommunismus wandelte. Es gibt keine größere Ehrung für einen Bolschewiken, als wenn die Urteilsbegründung sagt: „Er nahm nichts zurück und war noch stolz auf den hohen Strafantrag, den die Reichsanwaltschaft stellte."

Genosse Remmele sprach als ein Führer der Partei des sozialen und nationalen Freiheitskampfes, der einzigen antikapitalistischen und antifaschistischen Partei. Er sagte zu den Richtern, die ihn anklagen wagten:

„Sie maßen sich angeblich im Namen des Volkes Recht. Wollen wir es einmal darauf ankommen lassen und eine Volksabstimmung vornehmen . . . Heute fühlt jeder anständige Mensch in Deutschland: So kann es nicht mehr weitergehen! Heute gilt es als moralische Pflicht in den breitesten Volksteilen, die Verhältnisse von Grund auf zu ändern, und damit ist das moralische Recht des deutschen Volkes auf unserer Seite und nicht mehr auf ihrer Seite."

Er sagte denen, die eine Ordnung verteidigen, die Millionen Menschen im Elend zugrunde gehen läßt:

„Wir sind es, die Anklage erheben wegen Hochverrat am deutschen Volke. Wir erheben diese Anklage allerdings nicht vor diesem Gericht hier, sondern wir erheben die Anklage vor dem eigentlichen zuständigen Gericht, das hierüber zu urteilen hat: vor dem deutschen werktätigen Volke."

Eine militärstrategische Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Polizeiobersten Dr. Schutzinger bot dem Genossen Remmele die Gelegenheit, die Bedeutung der revolutionären Theorie als Waffe im proletarischen Klassenkampf vor dem Klassentribunal zu zeigen. Die Gewalt der Ideenwelt des revolutionären Marxismus gegen die faulen Theorien der Sozialfaschisten! Genosse Remmele bekannte sich zu Marx' Worten im Kommunistischen Manifest: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen." Und er spottete, zum Vorsitzenden des Reichsgerichts gewandt:

„Sie haben doch nicht Hitler vor sich, der auf gesetzlichem Wege Köpfe rollen läßt."

★

Der Unterschied zwischen dem Auftreten eines kommunistischen und eines nationalsozialistischen Führers vor Gericht ist nicht nur eine Frage des persönlichen Mutes, sondern vor allem eine Folge der völlig verschiedenen klassenmäßigen Rolle der KPD. und der NSDAP.

Die Nazi-Partei tritt auch vor Gericht mit den Treueheuchelbeteuerungen für das herrschende System, als scheinradikale Söldnertruppe des herrschenden Finanzkapitals auf. Hitler schwört auf die Verfassung des Youngkapitals. Goebbels hat Magen-, Bein- oder Kopfschmerzen, wenn ihm eine Geldstrafe oder ein paar Wochen Gefängnis drohen. Der „Angriff"-Redakteur Dürr macht am Tage seines Antritts einer zweimonatigen Gefängnisstrafe gar ein unterwürfiges Gnadengesuch an den Preußischen Landtag der Braun und Severing. Das ganze faschistische Gezücht: feige aus Ideenlosigkeit und kapitalistischem Knechtsinn!

Die Kommunistische Partei tritt vor das Klassentribunal mit dem Marxschen Satz: „Mögen die herrschenden Klassen bei einer kommunistischen Revolution zittern." „Die Kommunistische Partei steht dem bürgerlichen Gericht als entschlossene Vorkämpferin für die höhere Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, für die Verwirklichung einer höheren Stufe der menschlichen Kultur durch die Zertrümmerung der kapitalistischen Klassengesellschaft und die Erkämpfung der klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus gegenüber. Der kommunistische Freiheitskampf wird die heutige politische Unterdrückung der Werktätigen, die heutige wirtschaftliche Anarchie und kulturelle Barbarei des Kapitalismus beseitigen. Der Genosse Remmele kennzeichnete klar die Rolle des Klassengerichts gegen diesen kommunistischen Freiheitskampf, als er den Richtern zurief:

„Sie sind nur der Bremsklotz der Geschichte!"

☆

Auch der Zarismus schickte Jahr für Jahr die verurteilten Revolutionäre in die Kerker und nach Sibirien. Der bürgerliche Schriftsteller Dwinger schildert in seinem jüngst erschienenen Buch über das Ende der Koltschak-Armee wie auf dieser selben sibirischen Heerstraße, auf der man einst die Revolutionäre in die Verbannungsorte Sibiriens trieb, das geschlagene konterrevolutionäre Heer mit Mann und Roß und Wagen in einen fürchterlichen geschichtlichen Untergang hineinzog. Nichts konnte diesen Untergang mehr aufhalten. Es siegte die Idee des Bolschewismus.

Als Sprecher dieser Idee stand der Genosse Remmele vor dem Reichsgericht und sagte der herrschenden Klasse in Deutschland das gleiche Ende voraus. Er sprach mit dem Kraftbewußtsein eines Sohnes der Arbeiterklasse, eines Metallarbeiters. Er sprach mit der Ueberlegenheit eines führenden Kämpfers unserer Leninschen Weltpartei.

Der Prozeß Remmele ist ein Signal, daß die Brüningjustiz einen großen Feldzug gegen die Kommunistische Partei eingeleitet hat. Sie fürchtet die KPD. als die einzige revolutionäre Führerin der Massen im Kampfe gegen die Hungeraktion der Volksfeinde, gegen die Youngausbeuter und die Brüningdiktatur. Aber gerade darum wird ihr das ganze Volk der Arbeiter, Mittelständler und werktätigen Bauern mit der Verteidigung ihrer Kommunistischen Partei und ihrer kommunistischen Presse antworten!

Wir Kommunisten begegnen dem Angriff auf unsere Führung mit der Verdoppelung unserer Arbeitsfreude und unseres revolutionären Mutes. Wir stürmen unter Stalins, Thälmanns und Remmeles Führung für den Tag in einem freien sozialistischen Sowjetdeutschland, den Genosse Remmele in seinem Schlußwort vor dem Reichsgericht ankündigte:

„Die 22 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland, die sich mit jedem Tage in dichteren Scharen in die revolutionäre Klassenfront einreihen, sie werden morgen unter Führung der Kommunistischen Partei ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Und sie werden die Richter sein!"

Nazis für Unterstützungsraub

Mit Brünings Diktaturverordnung einverstanden — Forderung nach erhöhten Wucherzöllen

Berlin, 27. Mai. (Eig. Bericht). Die ganze Demagogie der Nationalsozialisten gegenüber den Erwerbslosen ist mit einem Schlage entlarvt. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat eine Anzahl Anfragen an die Brüningregierung gerichtet, in denen das wahre Gesicht der Nationalsozialisten treffend zum Ausdruck kommt. In diesen Anfragen befaßt sich die nationalsozialistische Reichstagsfraktion mit der Arbeitslosigkeit. Obgleich diese Anfragen wenige Tage vor Erlaß der neuen Brüningschen Diktaturverordnung gestellt werden, befaßt sie sich mit keinem Wort mit diesen Plänen. **Kein Wort gegen den Unterstützungsraub, kein Wort gegen die unerhörte Steuerpolitik, kein Wort gegen den Brotpreiswucher, kein Wort gegen den ständigen Lohnraub, kein Wort zur Frage der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.** Es ist charakteristisch, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion all diese im Moment brennenden Fragen mit Absicht umgeht und dadurch vor aller Oeffentlichkeit dokumentiert, daß sie mit der Brüningschen Politik gegen das werktätige Volk und insbesondere gegen die Erwerbslosen einverstanden ist.

Was in den nationalsozialistischen Anfragen steht, das konnte genau so gut aus der Feder der deutschen Schwerindustrie oder ostelbischen Junker stammen. Man höre nur diese Anfragen an die Brüningregierung:

„Ist die Regierung bereit, unverzüglich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine gesunde Kreditpolitik und eine Herabsetzung der Bankzinsen herbeizuführen?"

Also kein Wort von der Brechung der Zinsknechtschaft. Im Gegenteil, die Nationalsozialisten erkennen ausdrücklich das Zins- und Kreditsystem. Wenn die Nationalsozialisten lediglich einige „Schönheitskorrekturen" vornehmen wollen, so darum, weil sie noch nicht ganz offen ihren schändlichen Betrug ihren eigenen Anhängern eingestehen können.

Die zweite Anfrage lautet:

„Ist die Regierung bereit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unverzüglich energische Schritte gegen die entbehrliche Einfuhr zu unternehmen?"

Also keine Verurteilung der schändlichen Zollpolitik, die nicht nur die Lebenslage der werktätigen Volksmassen in der Stadt, sondern auch die Lage der Kleinbauern immer weiter verschlechtert. **Den Nationalsozialisten genügt noch nicht der jetzige Stand der Wucherzölle.** Sie wollen jegliche „entbehrliche Einfuhr" abdrosseln, um die Profite der Großindustriellen und der Junker zu erhöhen. Denn daß durch die Zollwucherpolitik Arbeit geschafft würde, das können die Nationalsozialisten wohl heute niemandem mehr weismachen.

Die dritte Anfrage lautet:

„Ist die Regierung angesichts des schon weit vorgeschrittenen Frühjahrs und angesichts der Millionenverluste, die die deutsche Volkswirtschaft bei über vier Millionen Arbeitslosen täglich erleidet, bereit, unverzüglich wirksamere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen, als die Bestellung von Gutachten?"

Man lese einmal jedes Wort genau nach, um einwandfrei festzustellen, daß **die einzige Sorge, die die Nazi führer quält, nicht die Sorge um das Schicksal der Erwerbslosen, sondern lediglich die Sorge um die „Millionenverluste der deutschen Volkswirtschaft"** ist. Jetzt versteht man auch, warum die Nationalsozialisten sich hüten, gegenüber dem Unterstützungsraub an den Erwerbslosen öffentlich Stellung zu nehmen. Unter „wirksamen Maßnahmen" verstehen sie im Grunde nichts anderes, als das, was Brüning gegenwärtig auf dem Wege der Diktaturverordnungen durchführt. Warum sollten sie sich denn sonst schämen, eigene Vorschläge zu machen?

Die vierte Anfrage stellt wieder einen üblen demagogischen Trick dar. Sie lautet:

„Ist die Regierung bereit, den Tribut empfangenden Mächten zu erklären, daß einer deutschen Regierung das Leben deutscher Volksgenossen wichtiger ist, als durch politischen Druck erzwungene Tribute, und daß Deutschland seine Tributzahlungen endgültig einstellt."

Halten die nationalsozialistischen Führer ihre eigenen Anhänger wirklich für so dumm, daß bereits die Stellung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zum kommunistischen Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen vergessen wäre? Ein blöder Trick! Im Dezember vergangenen Jahres stimmten die Nationalsozialisten ausdrücklich für die Weiterzahlung der Tribute. Am 19. Februar 1931 schrieb der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stöhr im „Völkischen Beobachter": „Von dem geradezu irrsinnigen Antrag der Kommunisten, die Bezahlung des Tributes sofort einzustellen." Wenn jetzt die Nationalsozialisten den kommunistischen Antrag aufgreifen, gegen den sie selbst gestimmt hatten, so nur darum, um erneut ihre Anhänger zu betrügen, und weil sie wissen, daß in der Reichstagspause, die bis zum November anhält, nicht abgestimmt werden braucht.

So haben sich die Nationalsozialisten durch ihre „Anfragen an die Regierung" selbst entlarvt als eine Stütze der Brüningdiktatur, als eine Stütze der Aushungerungspolitik, als willfährige Handlanger des deutschen Industrie- und Bankkapitals. Ueberall müssen diese Tatsachen den nationalsozialistischen Anhängern offen gezeigt werden.

Bolschewistischer Kampferfolg in Halle

Die Konsumvereinsspalter erneut aufs Haupt geschlagen

Halle, 27. Mai. (Eig. Bericht.) In der Vertreterversammlung des Allgemeinen Konsumvereins Halle forderten am Dienstag die aus der KPD. ausgestoßenen Renegaten unter Führung des ehemaligen Gewerkschaftssekretärs Sachs die bedingungslose Unterwerfung unter die GEG.-Bürokratie. Die Renegaten stellten einen Mißtrauensantrag gegen die kommunistische Verwaltung und forderten die Wiederaufnahme aller Genossenschaftsschädlinge, also auch der Sozialfaschisten. Das sozialdemokratische „Volksblatt" brachte am gleichen Tage große Artikel unter der Schlagzeile: „Heute fällt die Entscheidung über das Schicksal des AKV. Halle." Alle SPD.-Vertreter waren diesmal von ihrer Parteileitung durch besondere Schreiben zum Erscheinen aufgefordert. Es erschienen aber ganze 29 von den gewählten SPD.-Vertretern! Die Renegaten, die ebenfalls alle Anstrengungen machten, um ihre Vertreter restlos auf die Beine zu bringen, vermochten von ihren 31 Vertretern nur 14 in die Versammlung zu bringen. **Aber von den 103 Vertretern der Revolutionären Genossenschaftsopposition waren 100 anwesend.** Das ist bolschewistische Geschlossenheit. Schon die erste Abstimmung über zwei Genossenschaftsschädlinge, die kommunistische Verwaltungsmitglieder der Klassenjustiz denunziert hatten, zeigte die völlige Isoliertheit der Sozialfaschisten und Renegaten. **Die Versammlung beschloß mit 101 gegen 41 Stimmen die Entfernung dieser Denunzianten.**

Der Renegat Sachs versuchte unter dem stürmischen Widerspruch der Versammlung die völlige Unterwerfung des AKV. unter die GEG. zu begründen. Die Sozialdemokraten, aufgefordert in der Diskussion zu sprechen, wagten es nicht, aufzutreten, trotzdem doch ihr „Volksblatt" in großer Aufmachung den Entscheidungskampf angekündigt hatte. Diese Blamage wurde noch größer, als die SPD.-Vertreter vor den Abstimmungen ohne jede Erklärung die Vertreterversammlung verließen und wortlos vor ihrer eigenen Niederlage die Flucht ergriffen. Der Antrag der Verwaltung, jede politische Unterwerfung unter die GEG. abzulehnen und mit ihr nur über die Aufhebung der angesetzten Zwangsversteigerung der Grundstücke des AKV. zu verhandeln, wurde einstimmig mit 118 Stimmen angenommen. Die Anträge der brandleristischen Renegatengruppe: Mißtrauensvotum gegen die kommunistische Verwaltung und Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Genossenschaftsschädlinge, wurde mit 101 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der weitere Antrag der Sachsgruppe (bedingungslose Unterwerfung unter die GEG.) wurde mit 113 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Diese völlige Kopflosigkeit der Brandlerianer und der SPD. ist in einer knapp zwei Wochen durchgeführten Kampagne von Parteiversammlungen und öffentlichen Verkaufsstellenversammlungen restlos gelungen.

Die kranken Kassenmitglieder werden ausgehungert

Die Auswirkung der Brüningschen Notverordnung

Nach einer Statistik des Reichsamts sind die Auswirkungen der Brüningschen Notverordnungen gegen die Kranken geradezu katastrophal. Eine Durchschnittsberechnung ergibt,

daß bereits im letzten Vierteljahr des Jahres 1931 das Krankengeld von 9,01 Mark auf 6,28 Mark zurückgegangen ist.

Die Ausgaben für Arzenei und Heilmittel fielen von 3,23 Mark auf 2,24 Mark. Immer im Vierteljahr gerechnet und pro Person. Allein an Krankengeld wurden bei pflichtversicherten Mitgliedern im letzten Vierteljahr 1930 **400 Millionen Mark „eingespart".** Das sind geradezu katastrophale Ziffern, die bestätigen, was wir schon beim Erlaß der Notverordnungen gesagt haben: die Kranken werden ausgehungert.

Ein freches, heuchlerisches Stück leistet sich der „Vorwärts", wenn er zu diesen Mitteilungen des Statistischen Reichsamts schreibt: „Die Versorgung der Versicherten ist durch die Notverordnung in einem so großen Umfange beschnitten worden, wie es sich vom Standpunkt der Volksgesundheit aus bestimmt nicht verantworten läßt."

Der „Vorwärts" vergißt nur, hinzuzufügen, daß die Brüningschen **Notverordnungen gegen die Kranken, die jetzt zur Anwendung kommen, sämtlich von den sozialdemokratischen Führern im Reichstag sanktioniert wurden.** Ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten hätte Brüning keine Mehrheit für die Hungerbestimmungen gehabt.

Rüstet zum Roten Landsonntag am 7. Juni!

Die antiimperialistische Jugend

Antiimperialistischer Jugendkongreß am 30. und 31. Mai in Berlin

„Wir sind die stärkste der Parteien", wird von unendlich vielen Proletariern täglich gesungen. Und trotz alledem verstehen es die herrschenden Klassen, diese quantitative Stärke der proletarischen Massen zur Verankerung ihrer Macht zu gebrauchen, indem sie ein Proletariat gegen das andere ausspielen. Es war kein geringerer als Lenin, der bereits 1915 auf einem Kongreß der asiatischen Kolonialvölker in Baku verlangte, das farbige Proletariat in die revolutionäre Einheitsfront einzugliedern. Im Kriege gebrauchten die Imperialisten auf beiden Fronten afrikanische und asiatische Proletarier zum Kampf für die Interessen des Kapitalismus. Die Entente verwendete Inder, Nordafrikaner und Neger zum Schutz des englischen und französischen Imperialismus. Die deutschen Kolonialimperialisten nannten das zwar die „schwarze Schmach", schämten sich aber nicht, ihre Bundesgenossen, Araber und Türken, zum „Heiligen Krieg", d. h. zum Schutz der Geldschränke der deutschen und Wiener Banken, zu mobilisieren.

Freiwillige Söldner werden gesucht: von der holländischen Regierung für Java und Sumatra, von den Vereinigten Staaten zur Niederknüppelung der Freiheitskämpfer in Nikaragua und auf den Philippinen; verzweifelte, aus der Wirtschaft herausrationalisierte französische Proletarier werden durch die staatliche Fremdenlegion für wenige Franken für die Interessen französischer Minenbesitzer in Afrika gekauft, um dort streikende schwarze Arbeiter niederzuschlagen und wie Vieh zu behandeln.

Auch das farbige Proletariat wird gegeneinander ausgespielt. Inder und Annamiter werden in Uniform gesteckt und nach Schanghai verladen, um gegen die chinesischen Sowjets eingesetzt zu werden. Alles im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft. Auch der deutsche Faschist steht in der Rechnungstabelle des internationalen Kolonialimperialismus. Man könnte lange Reihen konkreter Tatsachen nachweisen, wie sich der deutsche Offizier „bewährt" hat. So z. B. der berüchtigte Kappist Oberst Bauer, der sein Lebensende im Generalstab der weißen Armeen Tschangkaischeks verbrachte.

Es sind nicht nur die nationalen Forderungen eines jeden Volkes nach politischer Selbständigkeit, die die dauernde Kolonialrevolution treiben; viel stärker ist die soziale Not, die in diese von Natur aus mit Reichtümern gesegneten Länder durch den Imperialismus hineingeschleppt wurde.

Das farbige Proletariat ist heute nicht nur auf Plantagen- und Viehzuchtarbeiten beschränkt, sondern auch an die Maschine gebunden, wie die Arbeiterschaft in den europäischen und amerikanischen Industriestädten. Und in den Maschinenhallen entwickelte sich das proletarische Klassenbewußtsein der kolonialen Arbeiter. Dieses beschränkt sich nicht nur auf Männer und Frauen, sondern es gibt in den verschiedensten Kolonien selbständige aktive revolutionäre Jugendsektionen.

An der Spitze stehen die Jungarbeiter der chinesischen Hafenstädte, die am 18. März zur Erinnerung an die Pariser Kommune in einer revolutionären Aktion Flugblätter an die imperialistischen Besatzungstruppen verteilten, die folgende Losungen enthielten: „An die ausländischen Soldaten- und Polizistenbrüder", „Gegen die zum Angriff auf die Rote Armee geplante Anleihe der Imperialisten", „Verteidigt die revolutionäre Bewegung der chinesischen Sowjets, Soldaten aus Indien und Europa!"

Eine selbständige Jugendbewegung gibt es in Japan und Korea nicht nur in den Reihen der Arbeiterschaft, sondern auch auf den Schulen und Universitäten. In den indischen Gewerkschaften, die in ihrer Gesamtheit der Liga gegen Imperialismus angeschlossen sind, bestehen Jugendsektionen, die die aktivsten Elemente in der jetzt beginnenden Austragung zwischen dem kleinbürgerlichen Nationalismus eines Gandhi und dem Programm völliger nationaler und sozialer Unabhängigkeit Indiens sind. Eine revolutionäre Tradition kann bereits die Jugendsektion der KP. Palästinas für sich beanspruchen. Dort versucht der Imperialismus im Zeichen des Zionismus, der sich ein soziales Mäntelchen umhängte, die Werktätigen zu expropriieren und die jüdischen und arabischen Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Es war hier ein kleines Häuflein junger Kommunisten, die die revolutionäre Einheitsfront arabischer und jüdischer Arbeiter zusammenschmiedeten. Die Partei mit ihren Jugendsektionen arbeitet illegal. Auch in Südamerika gibt es bereits Jugendsektionen, so in Argentinien und Brasilien, ferner in Mittelamerika (Mexiko und Nikaragua).

Auf dem Weltkongreß der Liga in Frankfurt a. M. 1929 wurde eine selbständig arbeitende antiimperialistische Jugendinternationale geschaffen und die Richtlinien für ihren Ausbau aufgestellt. Am 30. und 31. Mai tagt in Berlin der antimperialistische Jugendkongreß, der über die Tätigkeit der Jugendsektionen in der verflossenen Zeit berichten und die Aufgaben für die Jugend Europas und der überseeischen Länder bei der Zusammenschmiedung einer revolutionären Einheitsfront festlegen wird.

B.

Salven auf demonstrierende Landarbeiter

Ein Blutbad in der Tschechoslowakei — Vier Arbeiter von Polizei erschossen, viele schwer verletzt

TU. Preßburg, 26. Mai. Am zweiten Pfingstfeiertag kam es in der Slowakei in dem Ort Kossuth, östlich von Preßburg, zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und tschechischer Gendarmerie, wobei vier Arbeiter getötet, fünf schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt wurden. Ferner wurden sieben Gendarmen durch Steinwürfe und Messerstiche verletzt.

Gestern sollte in der Gemeinde Kossuth eine öffentliche Landarbeiterversammlung stattfinden, die zu dem soeben siegreich beendeten Landarbeiterstreik Stellung nehmen sollte, bei dem sich die Arbeiter 30 Prozent Lohnerhöhung erkämpft hatten. Sie wurde im letzten Moment verboten. Von der Gemeinde Hay kam zu dieser Versammlung eine Gruppe von Arbeitern mit dem Abgeordneten Genossen Major an der Spitze. Als die Arbeiter sich auf dem Marktplatz von Kossuth sammelten, bildeten Gendarmen eine Kette und nahmen die Gewehre von den Schultern.

Der Abgeordnete Major ging zum Kommandanten der Gendarmerie und sprach kurz mit ihm. Darauf stürzten sich die Gendarmen mit ihren Gummiknüppeln, Gewehrkolben und Bajonetten auf ihn, so daß er schwerverletzt bewußtlos auf der Erde liegen blieb. Dann fiel sofort, ohne besondere Aufforderung zum Auseinandergehen, die erste Gendarmeriesalve. Mehrere Leute stürzten schwer verwundet zur Erde. Die Demonstranten flüchteten, aber die Gendarmerie schoß noch zwei Salven hinter ihnen her. Weitere Verwundete und Tote stürzten zur Erde. Die Gendarmerie verfolgte die Flüchtenden weiter.

Der Genosse Major lag etwa 10 Minuten schwerverwundet ohne Bewußtsein auf der Erde. Als sich die Arbeiter ihm zu nähern versuchten, wurden sie von den Gendarmen mit den Worten vertrieben: „Weg oder wir schießen!" Nach den vorläufigen Feststellungen waren drei Versammlungsteilnehmer sofort tot (zwei Landarbeiter und eine Arbeiterin), drei weitere Arbeiter wurden schwerverletzt in das Krankenhaus nach Tyrnau geschafft, wo heute nacht einer verstorben ist. Die beiden anderen ringen mit dem Tode.

Der Abgeordnete Major wurde von den Gendarmen im Auto an einen unbekannten Ort verschleppt. Abends wurden gegen 300 Mann Gendarmerie in Kossuth zusammengezogen.

Streiks in Spanien

Madrid, 26. Mai. Die Arbeiterstreiks in Elda (Provinz Alicante) haben den Generalkapitän von Andalusien zur Verhängung des Kriegszustandes über Elda veranlaßt.

Bisher sind 30 Verhaftungen vorgenommen worden. Es besteht die Möglichkeit eines Generalstreiks.

Der Streik der Seefischer in San Sebastian und den umliegenden Fischerhäfen nimmt schärfere Formen an. Die Streikenden verbrannten in Guetaria sämtliches Fischereigerät der Streikbrecher und bedrohten diese. Drei Streikführer wurden verhaftet.

Das Syndikat der Fischer versuchte darauf, eine große Demonstration gegen den Gouverneur in San Sebastian zu organisieren. Durch die Alarmierung von Truppen, die die Zugänge nach San Sebastian absperrten, konnte die Behörden die Demonstration auseinandertreiben.

Rotes Jugend-Pfingsttreffen in Oesterreich

SAJ.-Opposition tritt zum KJV. über

Wien, 27. Mai. Zu Pfingsten fand in Neunkirchen bei Ternitz das diesjährige **rote Kampftreffen der Kommunistischen Jugend Oesterreichs** unter starker Beteiligung der Arbeiterwehr und der oppositionellen Gruppen in der SAJ. und der Arbeiterbevölkerung der umliegenden Ortschaften statt.

Als am Sonnabend der zur Begrüßung der aus Wien eintreffenden Transporte am Bahnhofsplatz eine Versammlung trotz des Verbotes durch die Bezirkshauptmannschaft abgehalten wurde, machte die Gendarmerie mit gefälltem Bajonette einen Angriff auf die Versammelten, wobei ein Wiener Jungarbeiter durch einen Bajonettstich schwer verletzt wurde.

Am Sonntag fand in Neuenkirchen auf freiem Platz eine massenhaft besuchte Versammlung statt. Große Begeisterung erregte die Erklärung der Vertreter der **revolutionären SAJ.-Opposition**, daß diese es satt habe, die reaktionäre und besonders sowjetfeindliche Politik des Vorstandes der SPOe. weiter mitzumachen, und ihren **geschlossenen Uebertritt zur Kommunistischen Jugend** vollziehen. Viele Neuenkirchner Jungarbeiter folgten diesem Beispiel und traten in den Kommunistischen Jugendverband ein.

Nach der Versammlung wurde trotz des Verbots eine **Demonstration durch die Stadt** organisiert, die die Gendarmerie, von der 400 Mann in der Stadt konzentriert waren, nicht zu stören wagte.

Briand bleibt

Paris, 27. Mai. Der Außenminister Briand hat im Verlaufe des heutigen Ministerrats sein **Rücktrittsgesuch zurückgezogen**. Er hat sich bereit erklärt, sich der Kammer zu stellen und ein Vertrauensvotum der Kammer zu erbitten. Die Interpellation in der Kammer wird jedoch nicht vor dem 13. Juni stattfinden.

Ein neues Pilsudski-Kabinett

Warschau, 27. Mai. Heute wurde der Handelsminister Oberst Prystor vom Staatspräsidenten Moscicki empfangen, der ihn mit der Bildung der Regierung beauftragte. Prystor hat den Auftrag angenommen.

Oberst Prystor gehört zu den nächsten Mitarbeitern und Vertrauensleuten des Marschalls Pilsudski. Er war eine Zeitlang Leiter der Personalkanzlei des Marschalls Pilsudski und später Personalchef beim Generalstab und ist im Jahre 1930 in die Regierung eingetreten. Die Bildung der neuen Regierung wird noch im Laufe des heutigen Tages erwartet.

Straßenkämpfe in Peru

EP. **Lima, 27. Mai.** Blutige Unruhen spielten sich in Negritas im Verlauf einer Protestkundgebung der Arbeiterschaft gegen die Ernennung eines neuen Regierungsvertreters bei den dortigen Petroleumanlagen ab.

Die Arbeiter griffen die Polizeikaserne an, wobei drei Personen getötet und 14 verletzt wurden. Die Regierung hat einen Kreuzer nach Talarawa entsandt, um die dortigen Anlagen der Petroleumgesellschaft zu schützen.

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929

Von Klaus Neukranz

Copyright Internationaler Arbeiterverlag

19. Fortsetzung

„Darf ich bitten, in welcher Angelegenheit Sie den Herrn Polizeipräsidenten zu sprechen wünschen?" Der alte Tölle wurde ein bißchen unruhig. Der Mensch hatte eine so unangenehm höfliche Art.

„Wir sind eene Delejazion von de Belegschaft der Firma Bergemann & Co. und haben den Auftrag, wat zu übergeben."

Mit einem flüchtigen Lächeln erhob sich der Beamte und sagte in einem liebenswürdig bedauernden Ton: „Ja, meine Herren, tut mir unendlich leid, aber Herr Polizeipräsident ist gerade in einer wichtigen Besprechung und kann jetzt nicht empfangen. Aber wenn Sie mir vielleicht Ihre Angelegenheit übergeben wollen, will ich sie natürlich gerne weiterleiten."

„Nee, Herr..., det jeht nich", mischte sich Kurt ein, „wir haben den Auftrag, nur mit dem Polizeipräsidenten allein zu sprechen." —

Tölle kramte in seiner Brusttasche herum und legte ein altes, abgegriffenes Mitgliedsbuch der SPD. auf den Schreibtisch. „Hier... schicken Se det man rein zu ihm, denn wird er sich schon sprechen lassen", sagte er und sah den Beamten ein wenig von oben herab an. Siehst du, mein Freund..., du hast nich jewußt, wen de vor dir hast... aber nu mach mal ein bißchen fix... dein Herr Polizeipräsident ist nämlich mein Genosse!

Der Herr hinter dem Schreibtisch nahm interessiert das kleine Heft in die Hand, schlug es auf und las aufmerksam den Namen des Inhabers. Mit dem Bleistift machte er sich auf dem Rand des weißen Löschpapiers eine flüchtige Notiz. — Dann lächelte er wieder höflich und gab das Buch mit einer kleinen verbindlichen Verbeugung zurück. „Bedaure wirklich sehr, meine Herren, das beste wird sein, Sie lassen mir Ihr Schreiben hier."

Tölle sah sich fragend nach seinen beiden Kollegen um.

„Nee, nee... bestelln Se man Ihrem Chef eenen schönen Gruß von uns und wa wissen schon Bescheid", sagte Kurt kurz und grob. Ihm war das hier schon viel zu viel. Natürlich würde der nicht ausgerechnet heute drei einfache Proleten in seinen geheiligten Räumen empfangen, der hatte jetzt Wichtigeres zu tun! — Er zog den alten Tölle mit aus dem Zimmer und schlug die Tür wütend hinter sich zu.

„Bande, verfluchte!... da haste deinen „Genossen" Präsidenten, Kollege Tölle..., der sitzt jetzt mit den Offizieren an eenen Tisch und macht seinen Schlachtplan für morgen. Denkste, der wird sich von so eenen popligen, sozialdemokratischen Arbeiter ooch bloß vor eene Minute stören lassen —?!"

Wenn der alte Tölle richtig die Wut hatte, sagte er überhaupt nichts, höchstens spuckte er wortlos den Priemsaft aus. Aber er hatte seinen Priem, bevor sie in das Präsidium gingen, herausgenommen und sorgfältig in einer kleinen Blechschachtel verstaut. —

Der junge parteilose Arbeiter lachte. „Na, Tölle..., kiek dir det mal hier'n bißken an, vielleicht bis'te morgen schon wieder drin, in die Wanzenburg, bei dein' Jenossen — aber hinter de Traillen...!" —

Ein paar Türen weiter las Kurt ein Schild: Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, Anmeldung Zimmer 203.

„Kommt, Jungs, wir versuchen et noch mal bei dem da drin", sagte er entschlossen und hatte schon an die Tür geklopft. — Dieses Mal hielten sie sich erst gar nicht lange bei dem Sekretär im Vorzimmer auf, sondern gingen, als sie die Tür zu dem großen, danebenliegenden Zimmer offen sahen, einfach durch, ohne sich um den verzweifelten Protest des Beamten zu kümmern.

„Meine Herren..., ich bitte Sie ..., das ist doch gegen jede Vorschrift!"

„Schiet uff deine Vorschrift", dachte Tölle grimmig, und schob mit seinen breiten Schultern das dünne Männchen beiseite. — Die groben Stiefel der drei versanken lautlos in einem weichen, großen Teppich.

Am Fenster stand hinter den langen, herabhängenden Vorhängen ein kleiner, untersetzter Herr, der sich langsam umdrehte. Ein Paar zusammengekniffene Augen sahen durch den Zwicker mit einem prüfenden Blick zu den drei Arbeitern herüber, die plötzlich, so ohne jede Formalität, in seinem Arbeitszimmer standen.

„Sie wünschen...?!"

Jetzt nahm Kurt die Sache in die Hand. Er ging ein paar Schritte auf den Herrn zu.

„Sie sind der Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, nicht wahr?"

„Allerdings — bin ich."

„Wir kommen als Delegation der Bauarbeiter der Firma Bergemann & Co." und protestieren im Namen der Belegschaft gegen das Demonstrationsverbot am 1. Mai und gegen die Schießankündigung des Berliner Polizeipräsidenten!"

Der Vizepolizeipräsident nahm langsam und ruhig die dünne, schwarze, grüngefleckte Zigarre aus dem Mund, blies den Rauch in das Zimmer und hob mit einem lässigen Achzelzucken die Hand.

„Bedaure wirklich, meine Herren, aber dafür bin ich doch gar nicht zuständig. Da müssen Sie sich schon an den Herrn Polizeipräsidenten selber wenden." — Genau dasselbe — dachte er — habe ich bereits der Delegation von „Josetti — Manoli" und den Arbeitern der „Berliner Anschaffungsgesellschaft" gesagt. Was wollen die Leute bloß immer von mir? Und der nächste Gedanke war: Der Mann im Vorzimmer ist ein Idiot, er fliegt bei der nächsten Gelegenheit!

„Der Polizeipräsident ist nicht für die Berliner Arbeiter zu sprechen, und da Sie sein Vertreter sind, wollen wir wenigstens Ihre Antwort unserer Belegschaft bringen."

Der Vizepolizeipräsident sah Kurt erstaunt an. Dann drehte er sich etwas zur Seite, streifte sorgfältig die schneeweiße Asche seiner Zigarre an der schweren Bronzeschale ab und sagte: „Meine Antwort...?! Ja — ich sagte doch schon, ich bin da absolut nicht zuständig, meine Herren." —

Kurt wurde wütend. „Na — Sie haben doch schließlich ooch was dabei mitzureden! Billigen Sie denn det Verbot und diesen Erlaß, Herr Doktor, oder wie denken Sie eigentlich darüber?"

Der Vizepräsident sah die drei der Reihe nach einen Augenblick schweigend an. Von dem ernsten Gesicht des alten Tölle glitt sein Blick langsam nach unten bis auf die runzligen, verarbeiteten Maurerhände, die schwer herabhingen.

„... ja, meine Herren", antwortete er schließlich mit einer merkwürdig farblosen Stimme, „wenn ich sagen soll, was ich denke...? — ich denke überhaupt nicht!" und nach einer kleinen Pause setzte er kurz hinzu: „Sprechen Sie mit dem Chef darüber, ich kann gar nichts machen."

★

Am liebsten hätte Kurt draußen laut losgelacht. „Haste jehört, Tölle,..., der denkt überhaupt nich, ha ha... wat macht er denn überhaupt hier? — Mit de Hände braucht er nich arbeiten und mit'n Kopp kann er nicht... rocht die schwarzen Giftnudeln und kiekt aus't Fenster ... „sprechen Se mit dem Chef", sprechen Se mit meen Vater, zu deutsch, mach du, ick kann nich...! — Schweinebande, alle miteinander —!"

(Fortsetzung folgt.)

Schwere Enttäuschung der Gewerbetreibenden auf dem Annaberg

Die auf dem großen patriotischen Rummel auf dem Annaberg von den Gewerbetreibenden gesetzten Hoffnungen betreffs Absatz ihrer Waren haben zu einer schweren Enttäuschung geführt. **So wurde zum Beispiel von einem Obsthändler ein Standgeld von 27 Mark verlangt, obwohl er insgesamt nur 25 Mark Einnahme hatte.** Der Pächter der Oppelner Handwerkskammer, Pawellek, glaubte einen ganz großen Schnitzer zu machen, zahlte 200 Mark Standgeld und verkaufte mit Ach und Krach 2 Tonnen Bier (!). Die bereits vorher bestellten „Menus" (auf deutsch: Mittagessen) mußte er fast alle wieder mit nach Hause nehmen. So kam zu der bereits bestehenden Pleite noch eine weitere hinzu. **Die Firma Halama zog mit 30 Zentnern Wurst auf den heiligen Berg und mußte, nachdem die Sonne die Wurst von allen Seiten genügend beschienen hatte, 25 Zentner wieder mit nach Hause nehmen.** Am anderen Tage sah man in dem Fenster ein Plakat:

„Ausnahmetage! Ganz billige Wurst. Ein Paar große Wiener 10 Pfennige!"

Aber die Käufer blieben auch in dem sonst frommen Oppeln aus, denn sie wollten nicht einsehen, daß die Wurst durch die Pilgerfahrt nach dem Annaberg bei 30 Grad im Schatten besser geworden ist.

Alles in allem war der ganze Rummel für die Gewerbetreibenden, die sich große Unkosten gemacht hatten, **ein großer Reinfall.** Was wollen die Gewerbetreibenden auch von den Monokelfatzken, die dort die Anordnungen getroffen haben, für Verständnis ihrer Sorgen verlangen. Sie beziehen ihre sichere Pension und die Steuern dafür müssen die Gewerbetreibenden mit bezahlen.

Ziegenhals

Gründung einer Freidenkerortsgruppe

Das gesteckte Ziel, bis zu Pfingsten auch in Ziegenhals eine Ortsgruppe des „Verbandes proletarischer Freidenker" zu gründen, ist erreicht worden. Sobald die Mitgliedsbücher eingehen, werden wir hier die erste Mitgliederversammlung durchführen. Eine ganze Reihe von parteilosen Arbeitern, die erst vor kurzem ihren Kirchenaustritt erklärten, haben bereits ihren Eintritt zugesagt. **Es steht fest, daß wir jetzt schon stärker sind als die hier noch bestehende Ortsgruppe der Konkordats-Freidenker im Sievers-Verband. Obwohl das Reservoir für unsere Bewegung in den parteilosen Massen gesehen wird, werden wir doch schon in kurzer Zeit dem Deutschen Freidenkerverband das Lebenslicht ganz ausblasen.** Wenn der jetzige Kassierer des Leichen-Pietsch glaubt, die Mitglieder dadurch zu behalten, daß er ihnen die Mitgliedsbücher nicht herausgibt, so täuscht er sich schwer. **Wir gehen unbeirrt solcher kleiner Kläffer und Lakaien der Verräter den einmal für richtig erkannten Weg geradeaus weiter.**

Oppeln

Die Landesschützen werden geohrfeigt

Wie sich die Drahtzieher des Annaberg-Rummels die „Erneuerung Deutschlands" denken, konnte man wieder beobachten, als der Landesschützenführer, Regierungsrat Fürstenberg, es bei dem Annaberg-Aufmarsch fertig brachte, ein **Landesschützenmitglied vor allen Leuten zu ohrfeigen, so daß ihm die Wurst und die Semmel, welche er gerade in den Händen hielt, aus den Fingern flog.** Einige zufällig dabei stehende Teilnehmer des Aufmarsches empörten sich über diese Gemeinheit und bekamen den besten Anschauungsunterricht, wie es ihnen ergehen würde, wenn tatsächlich diese Leute wieder die **allgemeine Wehrpflicht** durchbekommen würden. Sie verwandelten ganz Deutschland in einen Kasernenhof und würden sich in der Rolle des Rekrutenschinders am wohlsten fühlen.

Faschistischer Denunziant

Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant! Die Jungerwerbslosen von Bolko müssen für die paar Hungerpfennige, die sie erhalten, jede Woche Zwangs-Turnen und -Vorträge besuchen. **Ein Jungarbeiter, der ein paar Minuten zu spät kam, wurde vom Oberfaschisten Wirsba denunziert, und man wollte ihm die Unterstützung sperren.** So sieht die Praxis der Faschisten aus: Jungarbeitern das letzte Stückchen Brot vom Munde rauben. Aber es kommt die Zeit, wo wir mit diesen Schmarotzern Abrechnung halten werden. Herr Wirsba, wir empfehlen Ihnen, sich ein bißchen vorzusehen, damit Ihnen nicht einmal die Proleten die richtige Antwort geben.

Euch, Jungarbeitern, rufen wir aber zu, schart euch fester denn je um das Banner des vorwärtsstürmenden KJV.! Hinein in den Kommunistischen Jugendverband!

236000 Mark Fehlbetrag der Gemeinde Schomberg

Schomberg hat, als die reichste Gemeinde weit und breit bekannt, nun zum erstenmal ein Minus im Etat zu verzeichnen. Ob man sich, wie der Herr Gemeindevorsteher denkt, hier nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten lenken läßt, ist eine andere Frage. Man kann sie nicht umgehen, wenn man bedenkt, daß die Gesetzgebung dort im Staate durch den Parlamentarismus genährt, nur parteipolitisch entschieden wird. Letzten Endes ist ja die ganze Staatsmaschinerie nur von der Parteipolitik abhängig.

Der Fehlbetrag ist auf starkes Versiegen der Einnahmequelle Schaffgotsch zurückzuführen. Die Gemeindevertreter haben durch persönliche Kämpfe untereinander vergessen, **die Grundvermögenssteuer und Gewerbeertragssteuersätze zu erhöhen,** was ein Minus von über 200000 Mark bedeutet hat. **Der Lachende ist die Verwaltung der Hohenzollerngrube (Schaffgotsch).** Die SPD. in schönster Koalition mit dem Zentrum wußte wahrscheinlich nicht, daß diese schwierigen Wirtschaftsverhältnisse, wie sie heute sind, kommen werden. Das Zentrum hat den Grundsatz „christlich" angewandt, d. h. möglichste Schonung der Verwaltung.

Pomollik (Zentrum) als Günstling der Schaffgotschen Verwaltung hat es glänzend verstanden, die Gemeinde in diese Zwangslage zu bringen.

Der Etat weist gegenüber dem vergangenen Jahre zum Teil große Abstriche auf, und zwar von 1158900 auf 990000 Mark dieses Jahr. Die Einnahmen betragen 754000 Mark.

Bei manchen Titeln erkennt man deutlich den Zentrumskurs der Schomberger Gemeindeverwaltung in schönster Harmonie mit Schaffgotsch.

Zum Beispiel hat dieses Jahr das katholische Vereinshaus zu Impfungszwecken herhalten müssen, wo doch annähernd 20 Jahre das Gasthaus Grisko dazu benutzt wurde. 280 Mark für die Benutzung, das ist eine schöne Ostergabe an die katholischen Jugendvereine.

Das Gemeindehaus an der Wilhelmstraße, das ausschließlich von Beamten der Gemeinde bewohnt wird, rentiert sich nicht. Die Kinderspeisung soll verstärkt werden. Wieweit der Herr Landrat denkt, ist eine andere Frage. Auch die Erwerbslosenunterstützungsfrage liegt in den Händen des Landrats. Die Bürgersteuer soll erst nach Durchsicht und Abstrichen im Etat durch die Aufsichtsbehörde eingeführt werden. Der Herr Gemeindevorsteher Kuhna sagt **„unter allen Umständen"** muß sie eingeführt werden. **Er hat auch schon ausgerechnet wieviel sie einbringt. 53000 Mark. Subventionen vom Staate werden erst dann solchen Gemeinden gewährt, wenn alle Einnahmequellen, die durch die Notverordnung gegeben, erschöpft sind.**

In einen scharfen Wortwechsel gerieten am Ende der Beratungen G. V. Immisch (SPD.) und Bursig (Dntl.). Beide versuchten den Fehlbetrag sich gegenseitig in die Schuhe zu schieben. Immisch hält Bursig vor, 200000 Mark Minus verursacht zu haben, weil er nur jährlich 5 Mark Gewerbesteuer abführt.

Im großen ganzen kann man sagen: Die Gemeinden haben keine Selbstverwaltung mehr.

Zentrumsdiktatur im Beuthener Stadtparlament

Einen Wochenlohn für die Negersteuer

Der Stadthaushaltplan wurde am Montag unter Dach und Fach gebracht mit einem Defizit von 677000 Mark. Die Erhöhung der Negersteuer um 150 Prozent, beschlossen von der gesamten Zentrumspartei und einem Demokraten, konnte nur gelingen, weil unsere Genossen von den Sitzungen ausgeschlossen worden sind. Die Erhöhung

von 9 Mark auf 22,50 Mark in der Mindeststufe

bedeutet eine neue Herausforderung des notleidenden Proletariats. Diese Pfaffenpartei, die es nicht versäumt, von der Kanzel und in ihren Versammlungen ihre „Volksfreundlichkeit" zu betonen, zeigte diesmal, im Zeichen der Brüning-Diktatur, ihr wahres Gesicht.

Ohne mit der Wimper zu zucken, ohne mit einem Wort des Elends und der Not der Massen zu gedenken, beschloß sie den Raubzug auf die Taschen der Arbeiter.

Was kümmert das feiste Zentrum darum, daß 22,50 Mark für Tausende von Proleten einen Wochenverdienst bedeutet, einen mit Schweiß und Bitterkeit im Zeichen der Rationalisierung erarbeiteten Hungerlohn, der reichen muß für Nahrung, Wohnung und Bekleidung für eine oft vielköpfige Familie für eine ganze Woche. Aber dafür hat die Zentrumspartei kein Verständnis. Wie aber ist es denn mit dem Stadtverordneten der Demokraten, der so wacker mit dem Zentrum für die Negersteuer stimmte? Ist er nicht **Mitinhaber der Holzhandlung Powollik,** Beuthen, die immer den Löwenanteil an den Holzlieferungen für städtische Bauten und an der neuen Kirche hatte, während die Sägewerke fast leer ausgingen? **Eine Hand wäscht die andere,** der Magistrat erteilt Aufträge an den „frommen" Zentrumsmann Powollik, der sorgt mit seinem Teilhaber für Annahme der Magistrats-Anträge, und jeder kommt auf seine Rechnung. Dafür aber enthielt sich der zweite Demokraterich Behrendt der Stimme. Er will es im Reichsbanner nicht ganz verderben mit den Proleten. **Ebenso macht es der SPD.-Mann Broll, eine große Beuthener Leuchte. Die anderen Espedeher sowie die Rechte stimmten gegen die Negersteuer.** Das Zentrum mit seinem Helfer hatte 19 Stimmen für den Antrag, die Opposition 16 Stimmen und zwei Stimmenthaltungen.

Das Zentrum geht hausieren mit seiner „Mildtätigkeit" und „Nächstenliebe", aber nur in Worten. Ihre Taten reihen sich würdig an dem Zentrumsdiktator Brüning. **So wie er die Not dem Volke verordnet, so verordnet Zawadzki in Beuthen die Not dem dortigen Proletariat.**

Doch auch dem Zentrum schlägt die Schicksalsstunde. In nicht zu ferner Zeit kommen die **Landtagswahlen** und mit ihnen die Gemeindewahlen. **Jeder Genosse muß schon jetzt bedacht sein, einen Sieg der Zentrumspartei in Beuthen zu verhindern. Weist jetzt schon auf Stempelstellen und in Betrieben auf die arbeiterfeindliche Haltung des Zentrums hin. Weist hin, daß das Zentrum seine Wähler nur als Stimmvieh für seine Parteiinteressen benutzt, daß der Arbeiter verraten und verkauft ist, wenn er Zentrum wählt. Dem Machtdünkel des Beuthener Zentrums muß ein energisches Paroli geboten werden. Nieder mit dem volksfeindlichen Zentrum, muß unser Kampfruf und Ansporn sein.**

Jeder denkende Prolet wird aber dem Zentrum die beste Antwort auf die Erhöhung der Negersteuer geben, indem er seinen Kirchenaustritt vollzieht. **Hinein in den Kampfbund, hinein in die Kommunistische Partei Deutschlands! Sie wird das Volk zum Befreiungskampfe und aus Elend und Not herausführen. Jeder klassenbewußte Arbeiter aber sorgt dafür, daß aus dem schwarzen ein rotes Beuthen wird. Auf, zur Tat!**

Schauspielhaus
Operettenbühne
Fernspr. 5 33 00
Täglich 8 Uhr:
Liebe und Trompetenblasen
Volkstümliche Preise

LIEBICH
Ruf 346 46
4 Tage
ab Donnerstag
11 Uhr abends
Gastspiel
Elfriede Mertens
Die Liebesprobe!!!

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
Bieten an vom Faß:
Breslauer . . . . . 32% = 2,65
Weinbrand-Verschnitt . 38% = 3,45
Weinbrand echt . . . 38% = 4,40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 3,60
Weine u. Obstweine v. Faß
Apfelwein süß . . . per Liter 0.65
Heidelbeerwein süß . „ „ 0.75
Johannisbeerwein süß „ „ 0.75
Rot- und Rheinwein . „ „ 0.90
Muskateller . . . . „ „ 1.00
Wermutwein . . . . „ „ 1.00
Tarragona . . . . . „ „ 1.20
Malaga . . . . . . „ „ 1.30
Ungar.-Süßwein . . „ „ 1.50
96% Prima Sprit . . „ „ 7.00
Gebirgshimbeersaft . per Liter 1.20
Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Curacao, Goldwasser, Blutorange, Crème de Cacao, Stonsdorfer, Allasch, Pfeffermünz, Rose, Prünelle, Sherry Brandy, Kurfürstl. Magen, Halb und Halb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Tüchtige Abonnentenwerber gesucht
für den
Arbeiter-Sender
die Rundfunkzeitschrift der Werktätigen
für die Plätze
Görlitz, Liegnitz, Schweidnitz, Glogau, Gleiwitz sowie das übrige Schlesien und Oberschlesien
Günstige Provision. Angebote sofort erbeten an:
Verlag „Arbeiter-Sender"
Berlin SW 48, Hedemannstr. 26

Tausende Damenhüte
zu unerhört billigen Preisen!
Serie I
Aparte Sommerhüte 1.45
darunter auch Frauenhüte . . .
Serie II
Große Glocken 2.45
mit fescher Bandgarnitur . . .
Serie III
Schöne Kleiderhüte 3.45
nur moderne Formen u. Farben
TIETZ

Pfänderversteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, 4. Juni 1931, vorm. 9 Uhr
gelbe Scheine bis Nr. 50000
Bietungskaution Rm. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H.
Emmes, Direktor.

Kauft bei Blasse
Blasse ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

Bei Drucksachen-Bedarf
rufen Sie bitte Nr. 464 55
an / FORTSCHRITT AG
Druckereifiliale Breslau